

Menschenrechte und Interessen

Plädoyer für eine neokonservative Außenpolitik

von Andreas Schneider

erschienen in: *Kompass* 5/2005

William Kristol nannte die Neokonservativen „Liberale, die durch die Realität überzeugt wurden“. Sind sie deshalb vielleicht nicht einmal Konservative, sondern immer noch eine spezielle Gattung der Liberalen? Wenn Konservatismus eine Anti-Ideologie ist, was ist dann am „idealistischen“ Neokonservatismus überhaupt konservativ? Wo unterscheiden sich Konservative von Neokonservativen und ist das neokonservative Modell auf Deutschlands Außenpolitik übertragbar?

Im Kern sind es drei Fragen, die uns an die Wurzeln der Auseinandersetzung führen: was unterscheidet Realisten von Idealisten, ist die Idee von Demokratie und Menschenrechten eine Ideologie oder eine universelle Verpflichtung und was sind die deutschen Interessen?

A. Konservative Realisten, neokonservative Idealisten und liberale Institutionisten?

In der außenpolitischen Ausrichtung der westlichen Industrienationen dominieren zwei Schulen: der so genannte Realismus und der Liberalismus als Urtheorien, aus denen sich wiederum weitere Theorien entwickelt haben. An dieser Stelle kann auf die einzelnen Schulen der Internationalen Beziehungen nur oberflächlich und vereinfachend eingegangen werden. Ziel ist allein die Herausarbeitung spezifischer Merkmale neokonservativer Außenpolitik zum Zweck der theoretischen Einordnung.

1. Die realistische Schule: Anarchie, Survival und Staatszentrismus.

Eine zentrale Prämisse der Realistischen Theorie ist der anarchische Zustand des Systems der internationalen Beziehungen. Nach dieser Auffassung fehlt dem internationalen System eine effektive Schlichtungsinstanz und allgemein verbindliche und anerkannte Regeln. Die primären Akteure des Systems sind die Staaten, die gezwungen sind, ihre Interessen oder Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Die Folge ist eine allgemeine Unsicherheit über die Handlungen der anderen Akteure. Hans J. Morgenthau (Struktureller Realismus) sieht die menschliche Natur als Auslöser der Unsicherheit, Kenneth Waltz (Neorealismus) macht die realen Strukturen des internationalen Systems für diese Unsicherheit verantwortlich. Die Voraussetzungen werden aber von beiden als strukturell, gegeben, natürlich hingenommen. Thomas Hobbes sah die Anarchie als überwindbaren Zustand an, der durch starke Staaten eingeschränkt werden kann (liberaler Realismus). Diese starken Staaten können das anarchische System ordnen und andere Staaten von Aggressionen abhalten.

Zweiter Kernaspekt ist die Annahme, daß die Nationen primär rationale Entscheidungen treffen, die ihr eigenes Überleben (*Survival*) im feindlichen Umfeld des anarchischen Systems sichern. Alle moralischen oder ethischen Erwägungen müssen nach Machiavelli hinter diesem übergeordneten Prinzip zurückstehen. Jede Interaktion läuft als Null-Summen-Spiel ab: Machtgewinn ist nur auf Kosten von anderen möglich. Neorealisten vertreten deshalb die Ansicht, daß sichere relative Gewinne wichtiger sind als angestrebte absolute Gewinne.

Staaten sind für die realistische Schule die einzigen handlungsfähigen Akteure im internationalen System. Transnationale Unternehmen und NGOs werden im Realismus vernachlässigt. Der Staat ist nach Henry Kissinger die höchste moralische Einheit. Realisten kennzeichnen den Staat nach Max Weber im Inneren als Besitzer des legitimen Machtmonopols zur Anwendung von Gewalt. Das Verhalten der Staaten resultiert allein aus dem Streben nach einem möglichst großen Anteil an den knappen Ressourcen. Nach Waltz sind staatliche Interessen und Bedürfnisse fix/unveränderbar, Präferenzen resultieren aus rational kalkulierten Interessen und materiellen Bedürfnissen. Internationale Institutionen sind nach Ansicht von Realisten wie John J. Mearsheimer nur „Spielbälle einflußreicher, dominanter Staaten und Ausdruck der vorherrschenden Machtverteilung.“ Die Hegemonialmächte nutzen internationale Institutionen zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen.

Aus der Sicht der Realisten führte die zwischen den Weltkriegen dominierende Theorie des Liberalismus zu einer *Appeasement*-Politik gegenüber der aufstrebenden Macht Deutschland. Mit den Mitteln des Liberalismus, dem Völkerbund, der Diplomatie und internationalen Normen konnte der Krieg nicht verhindert werden, nur frühzeitige – oder präventive – Machtpolitik hätte eine Wirkung gezeigt. Nach 1945 dominierte in der internationalen Politik wieder die realistische Schule, insbesondere unter Exponenten wie Hans J. Morgenthau und Edward H. Carr. Mitte der 60er entwickelte sich aus dem Realismus die neorealistische Schule, 1979 durch den Politologen Kenneth Waltz beschrieben („*Theory of International Politics*“). Sie basiert auf vier Grundprämissen:

- a) Im internationalen Raum existiert keine übergeordnete Autorität, das internationale System ist ein anarchisches System, in dem jeder Staat nach dem Selbsthilfeprinzip durch Aufbau einer effektiven Verteidigung, Abschreckung und Bündnisse für die eigene Sicherheit sorgen muß.
- b) Die Akteure im internationalen System sind souveräne Nationalstaaten, die nach innen das Gewaltmonopol besitzen und nach außen versuchen, ihre Interessen durchzusetzen.
- c) Im internationalen System gibt es keine funktionale Differenzierung zwischen den Akteuren, alle Staaten sind funktional gleich, ihr Hauptinteresse ist Sicherheit.
- d) Der einzige relevante Unterschied zwischen den Akteuren ist ihr unterschiedliches Machtpotential. Die Verteilung der Macht ist von zentraler Bedeutung für das System.

Daraus folgt, daß Frieden nur durch ein Mächtegleichgewicht in der Regel in Form einer bipolaren Machtkonstellation hergestellt werden kann (*Balance of Power*). Die Akteure bilden Allianzen und Gegenallianzen, um dieses Mächtegleichgewicht zu erreichen. Eine dauerhafte institutionalisierte Zusammenarbeit ist auf Grund des vorrangigen Strebens der Nationalstaaten nach Durchsetzung ihrer Interessen nicht möglich. Wenn ein Akteur doch kooperiert, dann nur unter der Bedingung, daß die Partner nicht mehr gewinnen als er selbst und daß ein Gewinn leichter zu erreichen ist, als die eigenen Maximalziele (relative Gewinnerorientierung). Der Neorealismus unterscheidet sich von seiner Urform in zwei wesentlichen Aspekten: den Grundprämissen des Realismus liegt die Natur des Menschen als marktorientiertes Wesen zu Grunde, im Neorealismus die Natur des internationalen Systems als anarchische Struktur. Zweitens geht der Realismus davon aus, daß das zentrale Ziel der Akteure die Maximierung der Macht ist, während der Neorealismus die Sicherheit der Nation als Primärziel sieht.

Die beiden Hauptkritikpunkte an Realismus und Neorealismus beziehen sich auf das Ausblenden der Einflüsse innerstaatlicher Machtverhältnisse und Einflüsse internationaler Organisationen als eigenständige Akteure. Neorealisten führen dagegen an, daß gerade die Realität der globalisierten Welt nach dem Ende des Kalten Krieges zeigt, wie ineffektiv beispielsweise UNO und EU auf Bedrohungen des Weltfriedens und Völkermord reagiert haben und der verbleibende Hegemonialstaat USA seine Handlungsfähigkeit bewiesen hat. Ruanda, Bosnien und die zwölf Jahre anhaltende Untätigkeit der UN gegenüber dem Irak sind die eine, die Unfähigkeit, Iran und Nordkorea von Massenvernichtungswaffen fern zu halten die andere Seite. Die internationalen Institutionen versagen also bei ihren beiden Hauptaufgaben: die Verhinderung des Völkermordes und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Das konservative Establishment der USA vertritt außenpolitisch Positionen der realistischen oder neorealistischen Theorie. Im Zentrum stehen die sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen der USA einerseits und die Einschätzung der internationalen Beziehungen als Anarchie andererseits, basierend auf Thomas Hobbes (*Homo homini lupus*) und Adam Smith (Mensch als Nutzenmaximierer). Der Staat ist die höchste ethische Einheit (Ethischer Skeptizismus), nur wenige internationale Normen werden auch von der Mehrheit der Staaten akzeptiert (Realpolitischer Empirismus) und die Staaten suchen Nutzenmaximierung, ihre Präferenzen machen ihre Handlungen berechenbar (Konsequentialismus). Vertreter des Realismus sind auf der praktisch-politischen Seite beispielsweise Henry Kissinger, James Baker, Lawrence Eagleburger oder Brent Scowcroft, unter den Ex-Präsidenten George Bush sen. und Richard Nixon.

Der Neorealismus sieht die Nationen im Prinzip nur zu internationaler Zusammenarbeit bereit, wenn ein relativer Nutzen zu erwarten ist und eine reine Interessendurchsetzung nicht zu verwirklichen ist. Die internationalen Normen spiegeln nur die Interessen der Hegemonialmächte wider, die diese auch durchsetzen. Diese Position teilen die so genannten „aggressiven Realisten“, die heute in der ersten Reihe der Bush-Administration stehen: Richard Cheney oder auch Donald Rumsfeld.

2. Die Liberalen Theorien: Demokratischer Frieden, Interdependenz und Institutionalismus

Realismus und Neorealismus sind in der deutschen Theoriedebatte und Politikpraxis nicht hoch angesehen, hier dominiert in allen Parteien der Liberalismus. Auch andere Europäer sehen sich selbst lieber als liberale Institutionalist, die auf das Primat des formellen Rechts, multilateralen Dialog und Weltinnenpolitik setzen. Probleme sollen nach europäischen Vorstellungen im friedlichen Konsens aller Beteiligten gelöst werden.

Während die realistischen Theorien versuchen, ein Erklärungsmuster aus der Realität internationaler Beziehungen zu ziehen, liegt dem Liberalismus ein normativer Ansatz zu Grunde. Er geht von der Fragestellung aus, wie das internationale System beschaffen sein sollte, um Frieden sichern zu können. Welche Institutionen und Ordnungen müssen entwickelt werden, um Sicherheit für alle zu garantieren?

Im Liberalismus steht nicht der Staat im Zentrum der Betrachtungen, sondern das Individuum und sein Verhältnis zum Staat. Deshalb spielen Menschenrechte und andere universelle Rechtsnormen eine größere Rolle im internationalen System. Exemplarisch für die liberalen Schulen sind die Konzepte der Theorie des demokratischen Friedens und von Handel, Interdependenz und Institutionalismus.

Die Theorie der *Peace loving Democracies* beschreibt die Tatsache, daß das internationale System friedlicher wird, je mehr staatliche Akteure demokratisch verfaßte Staaten sind. Auf Grundlage von Immanuel Kants Schrift „Zum Ewigen Frieden“ argumentieren die Anhänger dieser Theorie, daß demokratische Staaten untereinander seltener Krieg führen als Nicht-Demokratien. In der Demokratie muß das Volk als Souverän in letzter Instanz den Krieg legitimieren. Da das Volk selbst in erster Linie unter den Lasten und Kosten eines Krieges leiden müßte, wäre ein Krieg in keinem Fall „profitabel“. Prominente Vertreter dieser Theorie sind z.B. Woodrow Wilson oder auch William (Bill) J. Clinton. In Clintons erster Amtszeit als US-Präsident stand die Förderung demokratischer Strukturen, das sog. *Nation Building* im Vordergrund der US-Außenpolitik. Viele dieser Versuche des *Nation Building* sind in der Amtszeit Clinton jedoch fehlgeschlagen (Somalia, Haiti etc.), so daß der Präsidentschaftskandidat George W. Bush im Wahlkampf mit einer stärker isolationistischen Positionierung punkten konnte, während sein Widersacher John McCain eher interventionistisch erschien.

Die Theorie von *Handel, Interdependenz und Institutionalismus* geht von der Annahme aus, daß zunehmender Handel und Austausch zu einer zunehmenden Vernetzung der einzelnen Akteure führt. Dabei sind diese Akteure nicht nur die Staaten, sondern auch transnationale Konzerne, internationale Organisationen, Gewerkschaften und NGOs. Das Nullsummenspiel und Sicherheitsdilemma des Realismus werden im liberalen Institutionalismus zugleich Voraussetzung und Ergebnis der Vernetzung der internationalen Gemeinschaft. Das System der internationalen Beziehungen ist nicht mehr in einem anarchischen Naturzustand, sondern in einem erschaffenen Kulturzustand. Nicht mehr allein das Eigeninteresse der Akteure bestimmt ihr Handeln, sondern auch das Interesse an der Teilnahme an den positiven Effekten dauerhafter Kooperation. Die Staaten versprechen sich nach Ansicht der Institutionalist, aus einer strukturellen Kooperation synergetische Effekte.

Die Kritiker der Liberalen Theorie in ihrer institutionalistischen Ausformung werfen den Europäern mehrdimensionale Paradoxien vor. So werde beispielsweise nicht ausreichend erklärt, warum die Vereinten Nationen ein Gewaltmonopol besitzen und die Hegemonialmächte an Abstimmungen in der Vollversammlung oder im Sicherheitsrat gebunden sein sollten, wenn die Mehrheit der UN-Delegierten nicht demokratisch legitimiert ist. Neokonservative werfen den Institutionalist, sie würden ein Primat des Individuums nur vorspiegeln und in der Realität das formelle Recht gegenüber der völkerrechtlichen Substanz bevorzugen. Völkerrecht solle vor allem die Völker schützen und nicht die Herrscher, der institutionalistische Formalismus schütze dagegen vor allem Regierende, ohne Ansehen ihrer völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Regierungspraxis. Ein weiterer Vorwurf unterstellt den Liberalen, für sie wäre das Gespräch, die Verhandlung ein Wert an sich, auch wenn die realen Probleme nicht gelöst würden. Vertreter der Liberalen Schule haben ihre Konsequenzen aus 1914 gezogen, während die Neokonservativen das Jahr 1938 als Bezugspunkt reklamieren (Robert Kagan: *Power and Weakness*, Policy Review 113, Juni 2002). Die Chiffre 1914 steht für den Unwillen, durch internationale Gespräche einen Interessenausgleich herbeizuführen. Liberale behaupten, durch Verhandlungen einen Krieg verhindern zu können, auch wenn es für diese Position keine historischen Beispiele gibt. Im Fall des Iran

halten sich die USA zurück und gestehen den Europäern zu, die Überlegenheit ihrer diplomatischen Instrumente unter Beweis zu stellen. Ein Scheitern hätte katastrophale Folgen für die Region.

3. Die neokonservativen Idealisten: progressive Neorealisten oder pragmatische Liberale?

Die heute als Neokonservative bezeichnete Gruppe US-amerikanischer Politiker und Publizisten besteht im Kern aus ehemaligen Linksliberalen und gemäßigten Trotzkisten, die bis in die 60er Jahre den Demokraten nahe standen. Durch die gesellschaftspolitische Aggressivität der *New Left* der späten 60er (Abtreibung, Homo-Lobby etc.) und die Naivität der Linken im Kalten Krieg, entfremdeten sich liberale Publizisten und Intellektuelle von der Demokratischen Partei und fanden unter Ronald Reagan zu den Republikanern. Sie bezeichneten sich selbst als „durch die Realität überzeugte Liberale“ und zogen in der Außenpolitik Konsequenzen aus dem Ethischen Skeptizismus Henry Kissingers: das System der internationalen Beziehungen ist im Grunde anarchisch, die Nation ist die höchste moralische Einheit. Militärische Gewalt ist zur Bekämpfung von Anarchie und Chaos grundsätzlich legitim. Nur die Hegemonie der USA und die weltweite Verbreitung der Demokratie können den US-Bürgern Sicherheit und Wohlstand garantieren. Durch ihre jüdische Herkunft sind viele Neokonservative sensibler für den totalitären Charakter des Islamismus. Neokonservative befürworten eine interventionistische, wertegeleitete US-Außenpolitik, die sich nicht auf internationale Bündnisse stützen muß, sondern US-Interessen notfalls auch unilateral durchsetzen kann.

Die Neuausrichtung der US-Politik nach dem 11. September 2001 basiert auf vier neokonservativen Handlungsmaximen. Erstens wurden diktatorische Regime mit der Fähigkeit zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen im Zeitalter des transnationalen Terrorismus zu einer zentralen Bedrohung des Weltfriedens. Zweitens können diese Regime nicht mehr durch traditionelle Methoden wie *Containment*, Abschreckung, Verhandlungen oder internationale Regime von der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen abgehalten werden. Drittens müssen aufgrund dieser Bedrohungsanalyse präventive Strategien einschließlich militärischer Mittel genutzt werden. Und viertens sehen sich die USA als einzige verbliebene Hegemonialmacht als primäres Ziel der Bedrohung, weshalb Verbündete und internationale Organisationen die Bedrohung noch nicht im gleichen Maße wahrnehmen. Dies zwingt zu einer Politik des „selektiven Multi- oder Bilateralismus“ durch „Koalitionen der Willigen“. Die Vertreter der neokonservativen Ausrichtung stehen oder standen eher in der zweiten und dritten Reihe der Bush-Administration oder in *Think Tanks* und Publikationen im Umfeld der Republikaner: Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Richard Perle, Douglas Feith, Irving Kristol, Norman Podhoretz, Jeanne Kirkpatrick, Joshua Muravhik, Charles Krauthammer, Jonah Goldberg, David Limbaugh, Stephen F. Hayes, William F. Buckley, Daniel Pipes, Ann Coulter, Michelle Malkin, Robert Novak, Danielle Pletka, David Frum („*An End to Evil*“), Thomas Donnelly, Reuel Marc Gerech, David Gelernter, Nathan Glazer, Anne Bayefsky, Jed Babbin, Mark R. Levin, Claudia Rosett, Robert Kagan, William Kristol und *last but not least* der russische Dissident und bis vor kurzem israelische Minister Natan Sharansky („*The Case for Democracy*“).

Grob einzuordnen sind die *Neocons* zwischen aggressivem Realismus und Theorie des demokratischen Friedens. Sie sind also keine reinen Realisten, sondern stellen der realistischen Gefahrenanalyse einen normativen Ansatz zur Seite. In den Augen der Europäer orientiert sich die US-Außenpolitik primär am progressiven Realismus, wie ihn Mearsheimer anlegte. Dieser vertritt die These, daß nur ein starker, regional hegemonieller Nationalstaat, der nicht von internationalen Institutionen abhängig ist, optimal für die eigene Sicherheit reagieren könne. Die Politik der Bush-Administration wird jedoch von Mearsheimer selbst als idealistisch und deshalb gefährlich eingeschätzt. Gerade der anfängliche Versuch der Einbeziehung der UN und der NATO im Irak-Konflikt ist unter Gesichtspunkten des progressiven Realismus untauglich im Bemühen, der Nation mehr Sicherheit zu verschaffen.

Häufig wurden die *Neocons* auch als Schüler des deutsch-amerikanischen Philosophen Leo Strauss charakterisiert. Abgesehen von der Tatsache, daß einige der neokonservativen Vordenker als Studenten seine Veranstaltungen besuchten und er ihr Interesse an den Klassikern der Philosophie weckte, kann Strauss nicht für die aktuelle Politik in Haftung genommen werden. Die meisten seiner Werke weisen kaum Bezüge zur praktischen Politik auf, vielmehr setzte er sich mit Sokrates, Aristoteles, Platon, Thomas Hobbes, Karl Mannheim, Carl Schmitt und Max Weber auseinander. In seinem Buch „*The City and Man*“ bietet Strauss jedoch Anhaltspunkte dafür, wie er zur Außenpolitik steht. Auf einige wenige Thesen gebracht, läßt sich sagen, daß er übergeordnete internationale Organisationen als *delusion*, also als

Wahnvorstellung und Außenpolitik als „nicht delegierbar“ ansah. Wie auch die Klassiker, auf die er sich immer wieder beruft, sah Strauss die Hauptaufgabe der Außenpolitik in der Sicherstellung des Überlebens und der Unabhängigkeit der eigenen politischen Gemeinschaft. Eine expansive, interventionistische oder gar imperiale Strategie ist nur zulässig, wenn sie den eigenen Interessen dienlich ist und die Hegemonie der Nation einen Sicherheitszuwachs garantieren kann.

Strauss ist Realist – wenn man aus seinen Publikationen überhaupt Anleitungen für die praktische aktuelle Politik herauslesen kann, während die *Neocons* mit ihrer Strategie der *Benevolent Hegemony* eher *Hard Wilsonians* sind, wie Max Boot es ausdrückte.

Setzt man sich mit den Texten der führenden neokonservativen Intellektuellen auseinander, wird deutlich, daß deren ordnungspolitische Vorstellungen Elemente des Neorealismus und Neoliberalismus mischen. Lawrence F. Kaplan und William Kristol haben ihre weltpolitische Vision in ihrem Buch „*The War over Iraq*“ dargelegt. Hier vertreten sie die Ansicht, daß wir vor der Wahl stehen, in Zukunft in einer Welt zu leben, die auf zivilisierten Werten und Normen basiert oder in einer Welt, in der Diktatoren keine Skrupel bei der Produktion und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen haben müssen.

Neokonservative vertreten nicht einen Anspruch auf Alleinherrschaft der USA, sie sind Verfechter liberaler Ordnungsvorstellungen. Sie kritisieren sowohl Bush sen. wie auch Clinton für ihre faulen Kompromisse und dafür, daß sie Bündnisse über Lösungen gestellt haben. Unter Bush jun. sehen die *Neocons* einen konsequenteren und stärker zielgerichteten Weg in der Außenpolitik. Neokonservative wollen die liberale Ordnung gegen die neuen Herausforderungen nach dem 11. September 2001 verteidigen, wenn nötig auch unter Anwendung militärischer Gewalt. Sie unterstellen analog zur Theorie der *Peace loving Democracies*, daß die Welt um so sicherer wird, je mehr Menschen in den Genuß eines Mindestmaßes an Grundrechten kommen. Darin sind sich die *Neocons* eher mit Liberalen wie Francis Fukuyama einig, als mit Mearsheimer. Sie befürworten Alleingänge der USA für den Fall, daß internationale Institutionen versagen. Nicht aber, um eine Vorherrschaft der USA zu sichern, sondern weil eine gerechtere Welt dem Westen mehr Sicherheit garantiert.

Vom klassischen Liberalismus der 20er und 30er Jahre unterscheidet sich der Neokonservatismus durch einen gemäßigeren Idealismus und einen stärkeren Realismus in der Einschätzung der Gegenwart. Die westliche Welt gilt den *Neocons* als liberale Zone, die es mittels der Instrumente des Realismus auszuweiten gilt. Neokonservative sind damit Vertreter einer Theorie des pragmatischen Liberalismus. Dem Motto der Realisten „He is a son of a bitch, but he is our son of a bitch“ stellen die *Neocons* „No more Somozas“ entgegen. Sie ziehen dort ihre Konsequenzen, wo die Realisten unmoralisch oder skrupellos und die Idealisten zahnlos waren.

4. Wohin strebt die deutsche Außenpolitik?

Außenpolitisch wird die Linke durch den Wechsel von der Truman- zur Bush-Doktrin mit ihren eigenen Paradoxien konfrontiert, nachdem bereits die Reagan-Revolution die Diktaturen des Ostblocks in die Knie gezwungen hatte und die Demokratiebewegung Osteuropas partout nicht den Anteil des „kritischen Dialogs“ am Zusammenbruch des Kommunismus würdigen wollte. In den 80ern waren es Konservative wie Alfred Dregger, Franz-Josef Strauß und Gerhard Stoltenberg, die weitsichtig genug waren, um an der „Spitze des Fortschritts zu marschieren“, indem sie den Kurs Reagans von Anfang an unterstützten, während Helmut Kohl nach der Deutschen Einheit die einmalige Chance verpaßte, Deutschland in einem von Bush sen. angebotenen *Partnership in Leading* außenpolitisch aufzuwerten und der Nation neue Handlungsspielräume zu verschaffen. Dregger und Strauß waren Konservative, die noch aus der deutschen Geschichte Konsequenzen zogen, statt sich wie ihre Nachfolger von der Linken treiben zu lassen. Beispielhaft zum Ausdruck kommt dies im Ausspruch des ehemaligen Bundesministers und Bayerischen Ministerpräsidenten, mit dem er Waffenlieferungen an das durch die arabische Aggression gefährdete Israel rechtfertigte: „Die Herren von der anderen Fakultät wissen es, wie man der toten Juden gedenkt. Ich will den lebenden helfen.“

Die Abkehr der USA vom *Containment* der Truman-Doktrin verwirklicht alte Forderungen der politischen Linken in Deutschland und Europa. Würden bisher auch Diktaturen unterstützt, solange sie nur antikommunistisch waren, so müssen sich heute sogar Saudi-Arabien und Pakistan langsam mit der Idee von Demokratie und Menschenrechten vertraut machen, wenn sie ihre privilegierte Stellung an der Seite der USA behalten wollen. Im *Opinion Journal* wurde diese Entwicklung auf die Formel „No more Somozas“ gebracht, die *National Review* sieht sogar das Ende der „Jalta-Welt“.

In Deutschland trägt der Kurs der Bush-Administration zu einer Spaltung des linken Spektrums bei, die eine Seite sieht ihre Träume einer demokratischen Welt verwirklicht, die andere fühlt sich durch einen angeblichen US-Imperialismus bedroht. Modellhaft werden diese beiden Flügel durch die Zeitschriften *Jungle World* und *Junge Welt* repräsentiert. Verschärft wird dieser Konflikt durch die Abkehr der Grünen vom Menschenrechtsprimat. Verbal spucken sie zwar noch große Töne, in der Praxis spürt man von ihren Repräsentanten aber wenig, wenn es um die Situation im Iran, in China oder Nordkorea geht. Hinzu kommen antisemitische Töne aus den eigenen Reihen, denen die organisierte Linke nicht ausreichend entgegenwirkt. So spüren Menschenrechtsorganisationen bereits das politische Vakuum, welches die Grünen in diesem strategischen Themenfeld hinterlassen, seitdem sie in Amt und Würden sitzen. Das antiimperialistische Umfeld der Grünen geht mittlerweile offene Bündnisse mit einem irakischen „Widerstand“ ein, der sich primär aus faschistischen Baathisten und reaktionären Islamisten zusammensetzt, während die irakische KP, Kurden und Frauenorganisationen die Demokratisierung befürworten. Bereits in den Sympathien für die „palästinensische Sache“ gingen Antizionismus und Antiamerikanismus gemeinsam mit Antikapitalismus schleichend in Antisemitismus über, wie der antirassistische und der Menschenrechtsflügel der Linken seit gut fünf Jahren vehement anprangert. An der linken Basis droht eine Zerreißprobe, welche die Auseinandersetzungen um den Kosovo-Konflikt weit in den Schatten zu stellen droht. Organisationen wie *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, Gesellschaft für bedrohte Völker und andere spüren bereits heute als Nebeneffekt dieser Entwicklung den schmerzlichen Verlust ihrer politischen Lobby.

Die Konsequenzen, die durch die deutsche Linke aus den Jahren 1933 bis 1945 gezogen wurden, stoßen aber bereits seit Anfang der 90er an ihre Grenzen. In der Realität hatten die Mörder in Bosnien oder Ruanda keine braunen Uniformen an. Generationen von Schülern wurden im Sinne der Vergangenheitsbewältigung sensibilisiert. Unfähig sind sie nur zur Transferleistung. Was nutzt es, daß jeder junge Mensch heute Rassisten, Faschisten oder Nationalsozialisten in Deutschland an ihrem Äußeren erkennt, an ihren Stiefeln, Uniformen oder Haarschnitt – bei 250.000 ermordeten Bosniern oder 850.000 abgeschlachteten Tutsis aber nicht mitleidsfähig ist? Eine Vergangenheitsbewältigung, die nicht dazu führt, daß der aktuelle Völkermord verhindert wird, ist wertlos.

Der kurzsichtige tagespolitische Mißbrauch des Singularitätsdogmas durch die politische Linke hat zu einer Abstumpfung der Deutschen gegenüber den Taten anderer geführt und damit seines Sinnes beraubt. Die geistigen Klimmzüge, die inzwischen notwendig sind, um Stalins Massenmord als nachrangig gegenüber dem Völkermord der Nazis erscheinen zu lassen, werden zunehmend lächerlich – und menschenverachtend gegenüber den Opfern des Stalinismus. Wir müssen den Erfahrungen von 1945 wieder die richtigen Konsequenzen folgen lassen, um die Verantwortung anzunehmen, die uns mit diesen Verbrechen aufgetragen wurde und den weiteren Mißbrauch der historischen Erfahrungen zu verhindern. Das ist die Aufgabe der demokratischen Rechten: ziehen wir die Konsequenzen aus Holocaust, Totalitarismus und eigenem Verlust, oder lassen wir uns weiter zwischen Leugnern und Instrumentalisierern zerreiben?

Der Holocaust, die industrielle Vernichtung einer ganzen Religions- oder Volksgruppe ist in Planung und Durchführung als Genozid sicher eines der schwersten Verbrechen der Geschichte. Zweitrangig dürfte für einen Christen die Opferzahl sein und die Frage, ob Stalin mehr Menschen ermorden ließ. Vorrangig ist das unbestreitbare Endziel der Nazis und daß dieses Verbrechen überhaupt möglich war. Daraus erwächst uns ein historischer geopolitischer Auftrag. Wir sollten als Deutsche einen sich anbahnenden Genozid bereits im Ansatz erkennen, international anprangern und effektiv verhindern. Völkermord ist immer und überall ein Verbrechen und die Vereinten Nationen wurden unter anderem deshalb gegründet, um Genozide zu verhindern. Kommen die UN dieser Aufgabe nicht mehr nach, so muß man ihre Existenzberechtigung in Frage stellen und nach anderen Instrumenten suchen. Ruanda, Bosnien und Darfur reihen sich in eine Folge von Unterlassungen ein, ohne daß irgendein Fortschritt erkennbar wäre. Die Vereinten Nationen haben mehrfach bewiesen, daß sie ihren vorrangigsten Aufgaben nicht nachkommen können. Im Ernstfall konnte die UN keinen Frieden erhalten oder erzwingen, sie konnte die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht unterbinden, sie kann ihren eigenen Sicherheitsratsresolutionen keine Geltung verschaffen, sie konnte im Rahmen des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms Korruption bis in die höchsten Ebenen des eigenen Apparats in New York nicht verhindern, sie kann bei Naturkatastrophen nicht effektiv helfen und in Afrika, Südostasien und auf dem Balkan haben eigene Mitarbeiter und Blauhelme Frauen und Kinder mißbraucht sowie die Prostitution gefördert.

Deutschland darf vor diesen katastrophalen Zuständen nicht die Augen verschließen und muß bei der Reform oder der Ersetzung der UN eine Vorreiterrolle übernehmen.

B. Demokratie & Menschenrechte – Ideologie oder Verpflichtung?

Die Diktatur, insbesondere die totalitäre Diktatur ist unabhängig von Region oder Zeit ein Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen die Prinzipien der Vereinten Nationen. Traditionelle, religiöse oder kulturelle Rechtfertigungen für Menschenrechtsverletzungen müssen insbesondere dort ungültig sein, wo Tradition, Religion oder Kultur nur als Instrument der Unterdrückung mißbraucht werden.

Die islamischen oder nationalistischen arabischen Diktaturen sind auf diese Unterdrückung angewiesen, um überleben zu können. Über 60% der Bevölkerung der moslemischen Staaten ist unter 30 Jahren, mehr als die Hälfte sind Frauen. Um insbesondere den „Zorn der jungen Männer“, das natürliche Aufbegehren der Jugend gegen die Tradition unter Kontrolle zu halten, muß die Wut auf äußere Feinde gelenkt werden. Juden und die USA erfüllen die Funktion des „Sündenbockes“, die Alternative wäre, daß die Jugend sich fragen könnte, wohin die Ömilliarden und die EU-Hilfsgelder fließen. Sie könnten von den alten Männern der Regime und Terrororganisationen Rechenschaft darüber verlangen, warum das Geld in Waffen und nicht in Bildung, Arbeitsplätze oder Krankenhäuser geflossen ist. Sie könnten fragen, warum die Säuglingssterblichkeit der in Israel lebenden Araber nicht einmal halb so hoch ist, wie in allen benachbarten arabischen Staaten. Und sie könnten fragen, warum die alten Männer der Hamas und Hisbollah immer nur die Söhne anderer Eltern als Märtyrer in den Tod schicken, während ihre eigenen Kinder in Europa zur Schule gehen oder studieren. Das allgemeine Wahlrecht könnte für die arabischen Herrscher fatale Folgen haben, der fundamentalistische Islam und die Externalisierung des Hasses sind die dünne Schicht, die sie von der Entmachtung trennt.

Rechtfertigen die katastrophalen Zustände in der arabischen Welt eine Demokratisierung von außen, vielleicht sogar mit Gewalt? Menschenrechte und Souveränität stehen hier in Konflikt miteinander. Beide sind durch die UN-Charta geschützt und müssen im Ernstfall gegeneinander abgewägt werden. Substantielles Völkerrecht kollidiert mit formellem Völkerrecht.

An diesem Punkt hilft das moderne Völkerrecht weiter, das zur Beschreibung von Konfliktfällen den „positiven Friedensbegriff“ kennt. „Frieden“ existiert nur dann, wenn fundamentale Menschenrechte geachtet werden. Daraus entsteht die Kausalitätskette der Menschenrechte: alle Unterzeichnerstaaten der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, erkennen damit die Universalität der Menschenrechte an. Die Souveränität einer Regierung, auch bei außenpolitischen Entscheidungen, resultiert danach aus einer Legitimation durch das Staatsvolk. Menschenrechtliche Mindeststandards begründen erst die Legitimation einer Staatsführung, die dann als Akteur den Schutz des Völkerrechts genießen kann. Menschenrechtsverletzungen können also eine Staatsführung als Subjekt des Völkerrechts delegitimieren. Menschenrechte sind die Letztbegründung des Völkerrechts. Ein Regime, das sich im Kriegszustand mit der eigenen Bevölkerung befindet, darf nicht durch das Völkerrecht geschützt werden. Diktaturen können nicht in gleichem Maße wie Demokratien den Schutz ihrer Souveränität durch die Vereinten Nationen einfordern. Ihre Exekutive kann im internationalen Verkehr nicht die gleiche Legitimität beanspruchen, wie die durch einen Souverän legitimierten Regierungen. Auch können sie nicht die Rechte und den Schutz der UN-Charta fordern, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen. Dazu gehört vor allem die Verpflichtung, Terroristen keine Rückzugsmöglichkeiten zu bieten. Staaten, die nicht willens oder nicht fähig sind, von ihrem Territorium ausgehende Gefahren zu unterbinden, können nicht auf der Unverletzlichkeit ihrer Souveränität beharren.

Demokratie und Menschenrechte bilden den Kern der Unterschiede zwischen *Neocons* auf der einen Seite und europäischen Konservativen auf der anderen. Zwei Autoren bringen die Kritik am Neokonservatismus für viele Konservative auf den Punkt: Hans-Hermann Hoppe und Alain de Benoist. Hoppes Demokratiekritik „Demokratie - Der Gott, der keiner ist“ beschreibt den Naturzustand menschlicher Gesellschaften als eine Art privatkapitalistischer Anarchie im Kontrast zu Demokratien, die nur kurzfristig agieren und Freiheit, Privateigentum und Recht zerstören. Vom Naturzustand nach Thomas Hobbes trennt Hoppes Vision nur das Bewußtsein der Individuen um allgemein anerkannte Werte und Normen, die verhindern sollen, daß der „Bürgerkrieg aller gegen alle“ ausbricht und eine „Wolfsgesellschaft“ (*homo homini lupus*) entsteht. Hoppe folgt dabei Tocquevilles Furcht vor dem

Abrutschen der Demokratie in die Despotie, zieht jedoch gegenteilige Schlüsse. Während Tocqueville die demokratische Revolution zur Erneuerung der stetigen Teilhabe und Teilnahme der Bürger als Ausweg aus der politischen Apathie des Souveräns sieht, empfiehlt Hoppe die Monarchie als alternative Herrschaftsordnung, die aus dem Naturzustand hervorgeht. Monarchen hätten langfristige ökonomische Interessen und würden deshalb die Eigentumsvermehrung begünstigen, somit den Bürgern die größtmögliche wirtschaftliche Freiheit belassen.

Bietet dieser libertäre Monarchismus eine Alternative zur Demokratie? Oder führt die privatkapitalistische Anarchie doch dazu, daß „der Mensch des Menschen Wolf“ wird? Wie dünn ist die zivilisatorische Schicht der freiwillig eingehaltenen Normen und Werte?

Benoist legt mit seiner „Kritik der Menschenrechte“ die Axt an die Idee der Universalität. Er zweifelt sowohl an, daß unsere christliche Auffassung, unser christliches Menschenbild in anderen Kulturen Gültigkeit besitzt, als auch daß sie noch in den säkularisierten Staaten des Westens als Leitlinie gelten können. Seine These ist nur unter der Prämisse nachvollziehbar, daß der linke Kulturrelativismus allgemein anerkannt wird. Wenn alles gleich gültig ist, wird es gleichgültig, ob man noch für sein Christentum oder eine menschliche Welt eintritt. Benoist negiert damit die Ansicht der Neokonservativen und auch des linken Menschenrechtsflügels, daß alle Menschen zuerst frei von Angst und Unterdrückung leben und die Verantwortung für ihre eigenen Belange übernehmen wollen.

Aktuell scheint das Gegenteil der Position von Benoist richtig zu sein. Das 21. Jahrhundert scheint nach dem ideologischen 20. Jahrhundert stark religiös geprägt zu sein. Die USA und die islamische Welt sind zwei Gegenpole, zwei gegensätzliche Modelle der Religiosität. Die USA können in der westlichen Welt als einzige Nation gelten, welche die Religion erfolgreich aus der staatlichen Sphäre verbannt hat, ihr gleichzeitig aber in der Gesellschaft großen Einfluß einräumt. Im Vergleich zu den niedergehenden Staaten Westeuropas erscheinen die USA geradezu dynamisch und potent.

Die islamische Welt trennt Religion und Staat nicht, kennt nicht die Gleichstellung der Geschlechter, den freien Religionswechsel oder gar das Recht auf Atheismus. Individuelle Freiheit und Menschenwürde treten hinter kollektivistischen Idealen zurück. Stimmt diese Auslegung des Islam aber mit dem Willen der Völker überein, oder dient sie nur als Herrschaftsinstrument der religiösen und politischen Eliten? Rousseau charakterisierte das Herrschaftssystem des zentralistischen Frankreich als „Betrugsvertrag der Reichen“, der Adel nutzte Tradition und Religion aus, um alte Ansprüche zu konservieren, die längst mit der Zentralisierung obsolet geworden waren. Die Begeisterung der Iraker bei ihren ersten freien Wahlen und die Massendemonstrationen im Libanon lassen vermuten, daß wir uns heute an einem Wendepunkt befinden. Auch die arabischen Völker scheinen jenseits ihres unbestreitbar tiefen Glaubens ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen zu wollen. Die Zeit der Despoten neigt sich ihrem Ende, auch im Irak, im Libanon und Ägypten nimmt der Souverän den Betrug der Herrschenden nicht mehr schweigend hin.

Die Kritik an Demokratie und Menschenrechten hat einen Teil seiner Wurzel in der Konservativen Revolution. Ohne den Exponenten der Konservativen Revolution Unrecht zu tun, kann man zusammenfassend wohl behaupten, daß sie sich in ihrer Mehrheit antiwestlich, antiparlamentarisch und antiliberal positionierten. In den USA sahen sie nur die Verkörperung westlicher Dekadenz und kulturellen Niedergangs. Im Kern unterstellten sie den „Krämernationen“ USA und Großbritannien die Verschleierung ökonomischer Interessenpolitik durch eine Rhetorik von Demokratie und Menschenrechten. Die Nazi-Propaganda erfand dazu den Slogan „Blut für Öl“, der sich bis heute gehalten hat. Dieses Vorurteil beten heute Linksextremisten, wie Neonazis, arabische Nationalisten und Islamisten nach und transportieren damit antisemitische Ressentiments gegen die angeblich von der „Ostküstenlobby“ bestimmte US-Außenpolitik.

Hoppe, Benoist und ihre Anhänger können uns keine Lösungen für die Probleme der modernen Welt liefern. Sollen wir vor Völkermord einfach die Augen verschließen? Sollen wir auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen mit Unterwürfigkeit gegenüber jedem neuen Nuklearstaat reagieren? Und sollen wir uns in den Beziehungen zu totalitären Regimes nur auf unsere lukrativen Geschäftsbeziehungen konzentrieren? Auf wessen Seite werden wir dann stehen, wenn das totalitäre China nach dem demokratischen Taiwan greift? Und wird uns die demokratische Opposition in China unsere Waffenlieferungen an Peking verzeihen, wenn sie einmal die Macht übernimmt? Unsere heutigen Handlungen von der Hoffnung bestimmen zu lassen, daß sich die kommunistische Diktatur so lange wie möglich hält, ist gefährlich kurzsichtig.

Setzt man wie die europäischen Institutionisten auf die Geltung des Völkerrechts und das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen, kommt man schnell an die Grenzen dieses Systems der internationalen Ordnung. Wie soll man beispielsweise staatlichen Rechtsbrechern im Rahmen dieses Systems begegnen? Legitim kann nur handeln, wer von einer UN ermächtigt wird, deren Mehrheit aus diktatorischen Regierungen besteht. Effektiv kann nur der handeln, der auf dieses Mandat verzichtet. Habermas nennt dies die „Schere zwischen Legitimität und Effektivität“: Die UN konnte Srebrenica nicht verhindern, weil die Blauhelme an ein legitimes Mandat gebunden waren und die NATO konnte Serbien nur deshalb im Kosovo effektiv entgegentreten, weil sie ohne UN-Legitimation agierte (Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität, DIE ZEIT 18/1999). Ein „*Rule of Law*“ in den internationalen Beziehungen ist nur dann möglich, wenn die überwiegende Mehrheit der Staaten liberale Demokratien wären. Erst dann kämen legitime Mehrheiten zustande, die substantielles und formelles Völkerrecht in Einklang bringen, wie es Bruce Cronin formulierte („The Paradox of Hegemony: America’s Ambiguous Relationship with the United Nations“, in: European Journal of International Relations Vol. 7(1) 2001). Solange dies nicht der Fall ist, müßten die USA und andere liberale Demokratien unilateral als Ergänzung einer erstarrten UN handeln. Amitai Etzioni („Implications of the American Anti-Terrorism Coalition for Global Architectures“, in: European Journal of Political Theory 1(1), S.9-30) nennt dies ein „*Semi-Emipre*“. *Unilateral-plus*-Aktionen, die eine logische Konsequenz aus der neuen Herausforderung durch den transnationalen Terrorismus darstellen. Diese besäßen weniger formelle Legitimität als multilaterale Aktionen, statt dessen würden sie durch ihre Werte und Ziele legitimiert. Die Durchsetzung von Menschenrechten, die Verhinderung von Proliferation und der Kampf gegen islamistischen Terrorismus sind demnach Ziele, hinter denen die Souveränität einzelner Staaten zurückstehen müsse.

Der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Hans-Peter Schwarz, kommt zu ähnlichen Schlüssen: „Doch die UNO ist nicht die alleinseligmachende Organisation zur Konfliktregulierung oder Friedenssicherung. Sie hat sich auch nach Ende des Kalten Krieges des öfteren außerstande gezeigt, spezifische Krisen effektiv zu lösen. Kambodscha und Somalia mußten ihrem Schicksal überlassen bleiben, und bei der Pazifizierung des Balkans wurde am East River längst erkannt, daß arbeitsteilige Zusammenarbeit mit anderen Großorganisationen ganz zwingend ist, also mit der EU, der NATO oder der OSZE. Dergleichen zeigt die Erfahrung, daß die UNO ihre ehrgeizigen oder bescheidener formulierten Ziele beim *peace keeping* oder gar beim *peace enforcement* nur dann erfüllen kann, wenn sich die vetobewehrten Mächte im Weltsicherheitsrat nicht querlegen und, dies noch wichtiger, wenn die einzelnen Mitgliedstaaten Truppen und Geld zur Verfügung stellen. [...] Dabei könnte es sich durchaus herausstellen, daß der Weltsicherheitsrat nicht handlungsfähig ist, während sich die Weltmacht USA als handlungswillig erweist. Falls es dann im deutschen Interesse wäre, daß Amerika rasch, hart und zuverlässig eingreift, wäre es eine Dummheit, dies nur aus lauter UN-Legalismus zu verwerfen. Der Krieg der NATO zur Verhinderung eines barbarischen Vorgehens Milosevics im Kosovo, an dem sich übrigens auch Frankreich beteiligt hat, war ein solcher Fall.“ (Hans-Peter Schwarz: Republik ohne Kompaß).

Zumindest für eine Gleichrangigkeit von Souveränität und Menschenrechten plädierte auch der Bonner Staats- und Völkerrechtler Matthias Herdegen: „Es ist an der Zeit, den Absolutheitsanspruch formaler Prinzipien wie der souveränen Gleichheit der Staaten und des jedes Regime schützenden Gewaltverbots zu überdenken: Die Legitimität der Völkerrechtsordnung ruht auf bestimmten Grundwerten, die letztlich auf die elementaren Lebensinteressen der staatlich verfaßten Völker und der einzelnen Menschen zurückzuführen sind. In dieser Wertordnung müssen die Achtung elementarer Menschenrechte, das Selbsterhaltungsrecht anderer Staaten gegenüber existenzieller Bedrohung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ihr volles Gewicht gegenüber staatlicher Souveränität und Nichteinmischung entfalten. Diese Grundwerte drängen beim Konflikt auf angemessenen Ausgleich.“ (Matthias Herdegen: Gewaltverbot und Wertordnung, DIE WELT vom 12.01.2004).

Es besteht also die Gefahr, daß die UN handlungsunfähig werden, wenn in einem konkreten Fall die formellen Normen den inhaltlichen Normen der UN-Charta entgegenstehen. Schon unter US-Präsident Clinton wurde das Recht zur Selbstmandatierung zum Bestandteil der neuen NATO-Doktrin und damit für den Fall einer Selbstblockade des Weltsicherheitsrates der Vorrang der Menschenrechte vor den Souveränitätsrechten festgelegt. Hierzu noch einmal Prof. Herdegen: „Versagt sich der UN-Sicherheitsrat einem Eingreifen zum effektiven Schutz der elementaren Lebensinteressen von Volksgruppen oder ganzen Staaten, muß die einseitige Prävention eine zulässige Option bleiben. Insbesondere der Schutz elementarer Menschenrechte darf nicht von vornherein hinter dem Gewaltverbot zurückstehen, hinter dem sich allzu oft Diktaturen und Terrorregime verschanzen.“ Auch Habermas urteilte über den Kosovo-

Krieg und das Eingreifen der NATO ohne Mandat der Vereinten Nationen, die Interventionsmächte könnten in diesem Falle aus den „verpflichtenden Grundsätzen des Völkerrechts eine Ermächtigung zur Hilfeleistung ableiten.“

Vor dem Präzedenzfall Kosovo und der neuen NATO-Doktrin konnte die Staatengemeinschaft den Konflikt zwischen Menschenrechten und Souveränitätsrechten nicht befriedigend lösen. Henning Ritter urteilte in der FAZ über das vorausgegangene Dilemma der NATO in Bosnien: „Als zweifelsfrei »humanitärer Krieg« konnte der Einsatz der NATO erst begonnen werden, nachdem es zu spät war. Denn hätte man die NATO frühzeitig, gleichsam »präventiv humanitär«, eingesetzt, um die sich abzeichnenden Greuel zu verhindern, so hätte dies als herkömmliche kriegerische Aktion mit politischen Absichten und Parteinahmen erscheinen können. Da man aber zu spät kam, um das Übel zu verhindern, durfte man glaubwürdig behaupten, ohne politisches Interesse und ohne Hinterabsichten für eine gerechte Sache Krieg zu führen. Die grausame Logik dieses Vorgehens steht den Abgründen der Machtpolitik in nichts nach. Als »humanitär« können solche Einsätze uneingeschränkt nur deswegen gelten, weil man sich die humanen Kosten nicht zurechnet. Eine ähnliche Moralparadoxie hat sich im Irak gezeigt: Die Vereinten Nationen haben sich die Opfer ihrer Embargomaßnahmen [...] nie zugerechnet.“ (FAZ vom 09.01.04). Als „völkerrechtswidrigen“ Präzedenzfall kann die Kosovo-Intervention nur bezeichnen, wer die Entwicklung der letzten 40 Jahre gänzlich außer Acht läßt und das Völkerrecht selbst als statischen Idealzustand auffaßt. Das Völkerrecht wird aber in der Realität im Wesentlichen aus zwei Quellen gespeist: dem Vertragsrecht und dem Völkergewohnheitsrecht. Präzedenzfälle schreiben das Völkergewohnheitsrecht weiter oder fort. Im Prinzip ist Einmischung von außen aufgrund des Souveränitätsprinzips nicht möglich. In den vergangenen Jahrzehnten hat es jedoch einige wichtige Präzedenzfälle gegeben, hinter welche die Weltgemeinschaft nicht mehr zurück kann oder will. Diese Präzedenzfälle konstituierten Völkerrecht: erstens Rhodesien und Südafrika: Rassendiskriminierung wird als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit in der Region qualifiziert. Dies ermöglicht eine Befassung des Weltsicherheitsrates mit dem Fall, der nun Resolutionen beschließen und Sanktionen verhängen konnte. Zweitens Somalia, Haiti und *Desert Storm*: erstmals wird der Begriff der "humanitären Intervention" geprägt, der auch ein Eingreifen gegen den Willen des betroffenen Staates ermöglicht. Hier lag jeweils noch ein Mandat der UN vor. Und schließlich Kosovo: erstmals interveniert eine Gruppe von Staaten ohne Mandat der UN. Die NATO beruft sich hier inhaltlich auf die UN-Charta und schafft Völkergewohnheitsrecht, ohne den formellen Vorschriften der Charta selbst zu folgen.

Kostet ein Frieden mehr Menschenleben als ein Krieg? Ab einem bestimmten Punkt wird die Abwägungsfrage unmenschlich und zwingt zum Eingreifen, auch ohne den formellen Regeln einer untauglichen internationalen Organisation zu genügen. *Appeasement* wäre in diesem Fall nur noch ein verschobenes Eingreifen zu noch höheren Kosten, wie das Jahr 1938 beweist.

Der Kern des Konfliktes zwischen europäischen Konservativen und Neokonservativen läßt sich im Wesentlichen auf fünf Fragen reduzieren.

1. Existieren universelle Werte wie Demokratie und Menschenrechte überhaupt? Konzipierten Platon und Aristoteles ihren idealen Staat nur für Griechenland, formulierte Kant seinen kategorischen Imperativ nur für seine direkte Umwelt oder doch als allgemeines Gesetz?
2. Woraus resultiert die Ablehnung jeglicher Universalität durch die europäische Politik? Welche Quellen gibt es außer dem linken Kulturrelativismus? Warum bin ich Christ, wenn alle anderen Religionen gleichwertig sind? Toleranz gegenüber anderen Kulturen wird leicht zu Indifferentismus, wenn die eigene Position nicht klar formuliert wird. Können wir auch anderen Völkern die Achtung der Menschenrechte abverlangen?
3. Sind die Herrschaftsverhältnisse der so genannten Dritten Welt ein Resultat von Kultur und Tradition? Sind autoritäre Strukturen die Folge nationaler Eigenarten, oder eher eine Folge externer Faktoren? Wie vollzog sich die Bildung der heutigen politischen Eliten der Dritten Welt? Im Wesentlichen bestimmte die Interessenlage der Kolonialmächte, welche ethnische oder soziale Gruppe bevorzugt wurde und damit zum Zeitpunkt der Dekolonisation über das Gewaltmonopol verfügte. Bis heute wird die Mehrheit der ärmeren Länder durch Personen oder Clanstrukturen geführt, die noch mit militärischer oder universitärer Ausbildung durch die europäischen Kolonialmächte in Berührung kam. Welche Herrschaftsformen wurden in der Epoche des Kalten Krieges begünstigt? Vielfach erschienen gefestigte autoritäre Strukturen auf kurze Sicht effektiver, wenn es darum ging, den Kommunismus

einздämmen, dadurch erstarrten diese Verhältnisse in der nachkolonialen Ära. Dort, wo Truman-Doktrin und Weltrevolution aufeinander trafen, versuchten beide Seiten, ihre jeweiligen Schützlinge so schnell wie möglich zu stabilisieren.

Die heutigen Verhältnisse der ehemaligen Kolonien resultieren also zu einem Teil daraus, daß die Europäer die falschen Eliten erschaffen haben. Gleichzeitig könnte man Kultur und Tradition die Schuld am Zustandekommen autoritärer Strukturen nur zuschreiben, wenn das Volk sich auch frei für oder gegen diese Strukturen entscheiden könnte. Das Fehlen oder die Schwäche oppositioneller Gruppen kann nicht als Anzeichen für ein Einverständnis des Volkes gedeutet werden, sondern viel eher als Resultat eines mißbrauchten staatlichen Gewalt- und Medienmonopols. Welchen Grund gäbe es also, gerade heute die Beeinflussung von außen zu beenden und zwar noch bevor die dort von den Europäern kreierten Herrschaftsverhältnisse beseitigt sind?

4. Ist die Tendenz zu autoritären Strukturen, wenn schon nicht traditionell, so doch religiös bedingt, oder sind Unterdrückung der Frau, Verhinderung demokratischer Wahlen und Medienzensur nur Herrschaftstechniken? Ebenso sieht es für den Faktor der Haßpropaganda aus. Antisemitismus und Antiamerikanismus ist eine willkommene Externalisierung des Volkszornes auf einen „Sündenbock“, um sich nicht selbst für Mißwirtschaft und Korruption verantworten zu müssen. Haben die *Neocoms* Recht, wenn sie behaupten, daß alle Menschen primär in Sicherheit vor Willkür leben und über ihre Geschicke selbst entscheiden wollen, oder haben diejenigen Konservativen Recht, die das Bedürfnis nach Freiheit nur als Folge einer Verwestlichung einschätzen?

5. Resultiert das europäische Primat der staatlichen Souveränität vor den Menschenrechten aus einer spezifisch europäischen Perspektive? Eine Folge des Westfälischen Friedens war die Zusicherung gegenseitigen Respekts ohne Unterschied nach Staatsform. Herrscher erkannten Herrscher als Inhaber außenpolitischer Souveränität an. Auch heute setzen Europäer oftmals den aktuellen Herrscher eines Staates mit dem Souverän gleich. Auf diese Weise wird auch die Absetzung eines nicht legitimierten Diktators zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, obwohl dieser zur außenpolitischen Interaktion nicht legitimiert war oder sogar gegen die Interessen des eigentlichen Souveräns, seines Staatsvolkes gehandelt hat. Kann ein nichtlegitimierter Akteur auf internationaler Ebene die gleichen Rechte beanspruchen wie ein demokratisch legitimierter Akteur?

Für ein Beharren von Institutionalistern und Konservativen auf dem Vorrang staatlicher Souveränität vor den Menschenrechten gibt es in der Realität keine stichhaltige Begründung. Schon in der Charta der Vereinten Nationen bekennen 191 Unterzeichnerstaaten bereits in der Präambel ihren „Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau“. In Kapitel I erklären die Unterzeichner, daß die Beziehungen zwischen den Nationen auf „dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ beruhen und als Ziel der UN „die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“. Bekräftigt wird dies in Kapitel IV Art. 13(1b) und Kapitel IX Art. 55(1c). Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde durch eine Mehrheit der UN-Vollversammlung als gemeinsames Ideal aller Völker und Nationen angenommen. Diese Erklärung fordert neben anderen Menschenrechten und Grundfreiheiten in Artikel 21 „regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe“. Bekräftigt wurde dies noch durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in dessen Artikel 25 inzwischen 148 Vertragsstaaten ebenfalls allgemeine, gleiche und freie Wahlen vereinbarten.

Wer den Vereinten Nationen beitrifft und die damit verbundenen Rechte in Anspruch nimmt, muß sich bewußt sein, daß er damit auch die Universalität von Menschenrechten und Demokratie akzeptiert und die damit verbundenen Pflichten erfüllen muß. Umgekehrt verpflichten sich aber auch die anderen Mitglieder der UN durch die Unterzeichnung der Charta, die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten zu fördern. Die demokratische Transformation wird damit zum Auftrag der Vereinten Nationen.

So genannte „Schurkenstaaten“ sind demnach Staaten, die ihre Pflichten gegenüber der eigenen Bevölkerung und auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft in einem Maße verletzen, daß dadurch Menschenleben und die internationale Ordnung gefährdet sind. Herfried Münkler nennt sie „Staaten, die heimtückisch mit Mitteln asymmetrischer Kriegsführung agieren. Sie kassieren zweimal ab, weil sie die Prämien auf Symmetrie und Asymmetrie gleichzeitig einstreichen wollen.“ Der Einsatz oder das Gewährenlassen von terroristischen Angriffen vom eigenen Territorium aus, stellt einen solchen

Tatbestand dar. Die Taliban wollten die Rechte Afghanistans als souveräner Staat gewahrt sehen, gleichzeitig aber nicht auf den Vorteil asymmetrischer Aktionen verzichten.

C. Neuorientierung der deutschen Außenpolitik

Nach sieben Jahren Amtszeit hinterläßt Rot-Grün in den außenpolitischen Beziehungen Deutschlands ein Chaos. Noch nie gingen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander und noch nie war der Einfluß unseres Landes so gering wie heute. Gegenüber Verbündeten setzte man auf eine hoch moralisierende Rhetorik, während die eigene Außenpolitik nicht nach moralischen Gesichtspunkten ausgerichtet war.

Hans-Peter Schwarz zeichnet in seinem Buch „Republik ohne Kompaß“ den Einflußverlust Deutschlands nach. Der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik beschreibt die Entwicklung seit 2002 bedauernd: „Ausgerechnet in einer Phase, in der sich das Umfeld der deutschen Außenpolitik dramatisch verändert, bringt die Bundesrepublik Deutschland weniger Gewicht auf die Waage als jemals zuvor“ und zeichnet dann die zunehmende Isolierung Berlins im Vorfeld des Irak-Krieges nach: „Anders als in Berlin und Paris erhofft, geriet aber das französisch-deutsche Tandem in der EU wie seitens der Beitrittskandidaten in eine bedrückende Minderheitsposition.“ Insbesondere im Osten Europas traf die Achse Paris-Berlin-Moskau auf Mißtrauen. „Deutlicher als je zuvor war im Jahr 2003 zu erkennen, wie unterschiedlich die geostrategische Interessenlage in Europa sich darstellt. In Ostmitteleuropa und Südosteuropa, vom Baltikum über Polen bis Rumänien, überlagert die Furcht vor einer Rückkehr Rußlands nach wie vor alles“, so Schwarz. Für die neuen Mitglieder der EU bildet die Gemeinschaft keinen ausreichenden militärischen Schutz. „Sollte Rußland aber wieder einmal unruhiger werden, würden die USA genauso als Schutzmacht der baltischen Staaten und Polens sowie des Balkans gebraucht, wie sie einstmals im Kalten Krieg die Bundesrepublik geschützt haben.“ und „solange Rußland sich nicht zuverlässig auf den Weg der Demokratie gemacht hat, ist Amerika als Rückversicherungsmacht völlig unentbehrlich.“

Union und Liberale zeichneten zum letzten Mal vor dem Verlust der „sicherheitspolitischen Unschuld“ verantwortlich für die deutsche Außenpolitik, das heißt vor dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr 1998/99 im Kosovo, vor den Antiterrorereinsätzen in Afghanistan und am Horn von Afrika, vor dem Einsatz deutscher Feuerleitoffiziere in den NATO-AWACS während der US-Bombenangriffe im Irak 2003 und auch vor der Aufklärungsmission des BND in Georgien, bei der die Routen der flüchtenden Tschetschenen an das russische Militär gemeldet werden.

Im Bundestagswahlkampf 2002 scheiterte die CDU/CSU nicht nur an der hoch emotionalisierten und mit Ressentiments unterfütterten Kampagne der SPD, sondern auch am eigenen Kommunikationsdefizit. Die Christdemokraten positionierten sich zwar mehrheitlich auf der Seite der „Koalition der Willigen“, konnten aber nicht ausreichend erklären, warum sie auf dieser Position beharrten. So konnte der politische Gegner die Gründe der CDU zusätzlich diffamieren und die Konservativen als „naive Kriegstreiber“ darstellen.

Nach dem offensichtlichen Scheitern der rot-grünen Außenpolitik ist der Entwurf eines konservativen oder christdemokratischen außenpolitischen Konzepts notwendiger geworden. Eine bürgerliche Bundesregierung kann weder an den „Genscherismus“ der militärisch und machtpolitisch abstinenten Bundesrepublik anknüpfen, noch kann sie die moralisierende und gleichzeitig amoralische Außenpolitik der Vorgänger weiterführen. Deutschland muß jetzt seine eigene Mischung aus realpolitischer Interessenpolitik und idealistischer Legitimation seiner Aktivitäten finden, um seinen Platz im internationalen System zu definieren.

Diese Aufgabe ist um so schwerer, da Deutschland nicht wie die USA, Großbritannien oder Frankreich über eine außenpolitische Kultur verfügt. *Think Tanks* sind noch in der Kinderschuhen, es existieren kaum außenpolitische Periodika und kaum prominente außenpolitische Publizisten.

Bezeichnend für die Situation der Bürgerlichen ist die Tatsache, daß die schärfsten Kritiker des rot-grünen Kurses in der Außenpolitik aus der Frankfurter Rundschau, der Jungle World, der ZEIT und dem SPIEGEL entstammen. Jan Ross brachte in der ZEIT vom 23.06.05 die Kritik auf den Punkt: „Die EU, in der die Bundesrepublik ja keine ganz unwichtige Rolle spielt, steckt in einer Krise, die von der Regierung selbst als »Desaster« beschrieben wird. [...] Gegen einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat gibt es jetzt faktisch ein Nein der Vereinigten Staaten, die von der Bundesregierung bei diesem beispiellos ehrgeizigen Projekt bisher als irgendwie irrelevant behandelt worden waren. Den

Versuch, das EU-Waffenembargo gegen China zu beseitigen, hat Gerhard Schröder einstweilen aufgeben müssen – er hat es aber lange genug probiert, um sich das Image eines Diktatorenfreundes zuzuziehen, ein Image, das mehr und mehr auch als das Haupterbe seiner Rußlandpolitik und der Nähe zu Wladimir Putin erscheint. Ob man sie realpolitisch oder idealistisch betrachtet, nach der Macht- oder nach der Moralseite hin, es fällt schwer, die rot-grüne Außenpolitik am Ende dieser sieben Jahre als Erfolg darzustellen. [...] Schröders Politik hat alle möglichen Gefühle ausgelöst, Respekt vor seinem Mut, Entsetzen über seine diplomatische Unbedenklichkeit, Bewunderung der Friedensfreunde, Hass und Verachtung bei den Bushisten, schiere Verblüffung. Vertrauen ist nicht darunter.

Daß Deutschlands internationales Gewicht gewachsen wäre, die implizite Annahme hinter dem Beifall für eine Politik des »Selbstbewußtseins«, ist eine Legende. Viel spricht im Gegenteil dafür, daß die Bundesrepublik an Bedeutung eingebüßt hat. [...] der Preis für die Putin-Freundschaft ist Unbehagen in Polen und im Baltikum, im ganzen östlichen Mitteleuropa, wo doch seit 1989 die eigentlichen Chancen und Aufgaben Deutschlands liegen müßten. [...] Die Fixierung auf Moskau begründet, wie die auf Chirac, eine Verlierer-Allianz.“

Am Ende seines Beitrags erklärt Ross, warum gerade überzeugte Linksliberale wie er eine Übereinstimmung mit den Ideen der Neokonservativen erkennen: „Das Nein zum Krieg wurde zwar selbst mit Prinzipien begründet, mit Völkerrecht und Multilateralismus. Aber es ist nun einmal so, daß die heute mächtigste und interessanteste außenpolitische Philosophie mit moralischem Anspruch in Bushs Vereinigten Staaten vertreten wird, als Projekt der globalen Verbreitung von Freiheit und Menschenrechten.“ („Im Namen der Pose“, DIE ZEIT 26/2005)

1. Unsere Interessen

Jede Nation, die offen ihre Interessen artikuliert, wird durch die anderen Akteure im internationalen System berechenbar. Dies vermindert die Gefahr von Mißverständnissen und erhöht die Glaubwürdigkeit. Insbesondere unter den ost- und mitteleuropäischen Dissidenten hatte Deutschland in den 70er Jahren diese Glaubwürdigkeit verloren, als die damalige SPD-geführte Regierung vordergründig einen „kritischen Dialog“ pflegte, in der Realität aber nie so viel Kritik am kommunistischen Totalitarismus äußerte, daß dies die guten Handelsbeziehungen mit der UdSSR hätte gefährden können. Während die Oppositionsbewegung in Polen, der CSSR, Ungarn und der Sowjetunion immer wieder erfahren mußte, daß im Ernstfall nur auf die CIA und den Papst Verlaß war, zog sich Deutschland auf seine „Lehren aus der Geschichte“ zurück und gab guten Geschäftsbeziehungen mit dem Kreml den Vorzug.

Beachten muß die deutsche Außenpolitik den Unterschied zwischen der historischen Mission unseres Landes und den realpolitischen Interessen. Unsere Geschichte verpflichtet uns, weltweit gegen Totalitarismus und Völkermord einzutreten. Dies ist die Konsequenz aus Holocaust und Angriffskrieg und bildet die Rahmenbedingungen, in denen Deutschland seine Interessen verfolgen kann. Einen weiteren, nicht zu vernachlässigenden Rahmen bildet die EU. Das vorläufige Scheitern der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) trägt allerdings dazu bei, daß auch in Europa Außenpolitik wieder zunehmend national definiert wird. Noch einmal Hans-Peter Schwarz: „Die demokratisch verfaßten Staaten Europas sind für das Geltendmachen deutscher, französischer, britischer, niederländischer oder polnischer Interessen nach wie vor die Nummer eins, die EU ist die gewichtige Nummer zwei.“ Etwas später verweist er alle Einschätzungen, die EU sei bereits heute eine Handlungseinheit in das Reich der Wunschträume: „Die EU aber ist nach wie vor eine Organisation von 25 Völkerrechtssubjekten, die sich noch uneiniger und unkoordinierter aufführen, als jene 13 amerikanischen Staaten, die nach der Unabhängigkeitserklärung von Großbritannien zur Konföderation zusammengetreten waren.“

Als rohstoffarme Exportnation ohne Sonderbeziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien hat Deutschland klare Wirtschafts- und vitale Sicherheitsinteressen. Unsere Primärinteressen sind deshalb *günstige Rohstoffe, offene Absatzmärkte, Sicherheit* für die Handelswege und deutsche Bürger sowie *Steuerung der Migration*. Für den sicheren und billigen Bezug fossiler Brennstoffe und Erze werden neben sicheren und freien See- und Handelswegen auch stabile Produktionsländer benötigt. Demokratische Gesellschaften sind ideale Absatzmärkte für Anlagenbau wie auch für Konsumprodukte. In autoritären Ländern existiert oft nur eine schmale Führungsschicht, die über eine notwendige Kaufkraft verfügt, Abnehmer für deutsche Maschinen sind dort vielfach nur staatliche Unternehmen oder das Militär. Ein Großteil des Budgets dieser Staaten geht für den Sicherheitsapparat und Wirtschaftslenkung verloren. Freiheit und Demokratie fördern dagegen die Entstehung marktwirtschaftlich orientierter Gesellschaften und damit potentieller

Absatzmärkte für deutsche Produkte. Wie Francis Fukuyama im Wall Street Journal vom 29. Mai 2005 ausführte („*Asia's Democratic Values*“), ist die Transformation zur Demokratie zwar häufig kurzfristig mit einer Zunahme antiwestlicher Emotionen verbunden, am Beispiel Südkoreas, der Philippinen, Thailands, Taiwans oder Indonesiens zeige sich jedoch, daß die strategischen Vorteile für den Westen überwiegen. Der Truman-Doktrin folgend, unterstützten die USA in der Vergangenheit auch antikommunistische Diktaturen im Glauben, die betreffenden Staaten damit zu stabilisieren und gegen die kommunistische Übernahme zu immunisieren. Nach Fukuyama erwies sich spätestens seit dem Richtungswechsel unter Ronald Reagan, daß dies eine Illusion war. Langfristig gesehen sind Demokratien stabiler und unvermeidliche politische Wechsel gehen weitaus unblutiger über die Bühne, als in autoritären Regimes. Selbst in Ländern, deren Tradition, Kultur oder Religion oft als inkompatibel mit Demokratie und Menschenrechten charakterisiert wird, arbeiteten die demokratischen Institutionen nach einiger Zeit wie sie sollten, so Fukuyama.

Deutsche Sicherheitsinteressen sind vorrangig durch den internationalen Terrorismus und durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen definiert. Der Einwand, Deutschland sei durch seine angeblichen Sonderbeziehungen zu den arabischen Staaten und durch Schröders Kritik an den USA sicherer als andere westliche Nationen, ist nur auf den ersten Blick nachvollziehbar. Sympathie für Deutschland wird allein aus der Zeit zwischen 1933 bis 1945 gespeist, ältere Beziehungen gab es zwar zwischen Preußen und der Türkei, diese Zusammenarbeit richtete sich aber oft gerade gegen die Araber. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß Deutschland vor allem auf Sonderbeziehungen zu islamistischen oder autokratischen Regimes bauen kann.

Unsere Sonderbeziehungen mit Israel stellen sich im Gegensatz dazu unter rationalen Gesichtspunkten als Interessenpolitik heraus. Allein das deutsch-israelische Handelsvolumen – im Umfang vergleichbar mit dem deutsch-saudischen – zeigt die ökonomische Bedeutung der Beziehungen. Unter Sicherheitsaspekten ist die Zusammenarbeit mit dem israelischen Mossad für alle westlichen Nachrichtendienste unverzichtbar. Kein anderer Geheimdienst hat ein derart umfangreiches Agentennetz mit arabischsprachigen Mitarbeitern im Nahen und Mittleren Osten. Wer frühzeitig Informationen über terroristische Gruppen der Region benötigt, ist letztlich auf israelische Erkenntnisse angewiesen. Wichtiger noch dürften für Deutschland die gesammelten Informationen des Mossad über islamistische Brückenköpfe und Finanzierungssysteme in Europa sein. Die Mehrzahl der seit dem 11. September 2001 in Deutschland aufgedeckten Anschlagpläne ist durch Informationen des Mossad vereitelt worden. Vertreter des BKA sprechen von mehr als einem halben Dutzend Anschlägen, die auf diese Weise verhindert wurden.

Deutschland hat keine Wahl zwischen Israel und arabischen Autokratien. Wir können nicht am strategischen Nutzen Israels partizipieren, ohne den Zorn arabischer Diktatoren auf uns zu ziehen und wir können keine arabischen Gewaltherrscher hofieren, ohne den Bruch mit Israel zu riskieren.

Ruft man sich in Erinnerung, daß die Anschläge des 11. September 2001 bereits in Clintons Amtszeit und die Anschläge von Madrid am 11. März 2004 lange vor der Teilnahme Spaniens an der Irak-Intervention geplant wurden, so wird deutlich, daß Beschwichtigung und Wohlverhalten nicht zu einem Zuwachs an Sicherheit führen. Für das Netzwerk Al Qaida sind alle Staaten ein legitimes Ziel, die in der Vergangenheit Teil des arabisch-moslemischen Weltreichs waren oder deren Bevölkerung sich am Islam vergangen hat. Wenn die CDU heute auf islamistischen Internetseiten als Anti-Hijab-Partei bezeichnet wird, weil sich führende Christdemokraten gegen das Kopftuch im öffentlichen Dienst aussprechen, verdeutlicht dies, wie schnell Deutschland unter einer bürgerlichen Regierung in das Fadenkreuz der Islamisten geraten könnte. Es gibt keinen verlässlichen Schutz vor dem Terror, weil die Motive bestenfalls historisch, im schlechtesten Fall nach unseren Maßstäben einfach irrational sind. Will Deutschland autonome Entscheidungen treffen, wenn es um Moscheebau, Kopftuch, Schächten, Ehrenmorde oder Zwangsheirat geht? Oder wollen wir uns von externen Faktoren abhängig machen, auf die wir nicht den geringsten Einfluß haben?

Die politische Rechte und Teile der Liberalen haben in Europa erkannt, daß der Islamismus eine aggressiv-expansionistische Ideologie ist, mit der unsere westliche Lebensweise unweigerlich in Konflikt geraten muß. Liberale aus Skandinavien und den Niederlanden erkennen im Gegensatz zu den Konservativen bereits, daß die Bedrohung Europas ihren Ursprung in autoritären oder islamistischen Staaten hat. Die Wurzeln unserer Probleme mit ethnischen und religiösen Parallel- oder mittlerweile sogar Gegengesellschaften liegen im arabischen Nationalismus, Islamismus und Antiliberalismus, der uns

permanenten Zufluß von Zuwanderern beschert. Um die in Zukunft zu erwartenden Ströme von Armutsvölkerwanderungen aufzuhalten, kann Europa entweder eine Mauer erreichen oder die Regime vor Ort verändern.

Ähnliches gilt für die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Am Beispiel des Iran wird deutlich, daß auch vitale Interessen Deutschlands gefährdet sind. Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob ein nuklear bewaffneter Iran die US-Interessen stärker gefährdet als die europäische Sicherheit oder darüber zu lamentieren, daß Europas Abhängigkeit vom Erdöl der Golfregion um ein Vielfaches größer ist als diejenige der USA. Drei Gründe sind es vor allem, warum vom Iran eine größere Gefahr ausgeht als beispielsweise von Indien und Pakistan. Erstens verschiebt sich durch die nukleare Bewaffnung eines islamischen Staates das fragile Kräftegleichgewicht. Für Israel ist sein regionales Nuklearmonopol seine letzte Existenzsicherungsoption. Die zahlenmäßig vielfach überlegenen konventionellen Streitkräfte der arabischen Nachbarn könnten im Ernstfall nur durch die „flexible Antwort“ der Israelis neutralisiert werden. Für andere Nachbarn des Iran bedeutet die Atombombe in den Händen der Schiiten aber ebenfalls eine Veränderung der *Balance of Power*. Zumindest Saudi-Arabien, Ägypten, die Türkei und Algerien dürften versuchen, das regionale Gleichgewicht durch eigene Atomprogramme wieder herzustellen. Ein Report des Washington Institute, unter dessen Autoren sich unter anderen Madeleine Albright und Sandy Berger befinden - zwei Mitglieder der Clinton-Administration, warnt vor diesem möglichen regionalen nuklearen Wettrüsten, sollte der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Zweitens entfaltet ein nuklear gerüsteter Iran ein einmaliges Erpressungspotential. Das Mullah-Regime könnte jederzeit die Erdölversorgung des Westens gefährden, indem es die Kontrolle über die Straße von Hormuz erlangt oder anderen OPEC-Staaten durch militärische Überlegenheit die Verhandlungsposition im Preiskampf diktiert. Schließlich versagt drittens gegenüber einer fundamentalistischen Diktatur die gegenseitige nukleare Abschreckung. Wie kann eine islamische Theokratie am Erstschlag gehindert werden, wenn ihre Führer vor dem Gegenschlag keine Angst haben, da sie damit nur den Märtyrertod sterben und direkt in das Paradies eingehen würden?

Einige Eskalationsstufen unter dem möglichen nuklearen Schlagabtausch liegt die Befürchtung, die beispielsweise Prof. Orde Kittrie, Experte für Nonproliferationsabkommen an der Arizona State University benennt. Im Hinblick auf die Hisbollah-Anschläge der Jahre 1992 und 1994 in Buenos Aires, zu denen sich später führende Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden bekannt haben, sieht Kittrie eine erhöhte Terrorgefahr, sollte der Iran über einen eigenen nuklearen Schutzschirm verfügen. Teheran müßte dann für konventionelle Anschläge der Hisbollah keine Vergeltung mehr befürchten, eine Straffaktion gegen eine Atommacht wäre gänzlich ausgeschlossen, die Bombe bringt ein gewisses Maß an Immunität. Die Anschläge von Buenos Aires oder auch die Aktionen der Hisbollah im Beirut der 80er Jahre zeigen sehr deutlich, daß die vom Iran gesteuerte Organisation keine Rücksicht darauf nimmt, ob Zivilisten zu den Opfern gehören oder der Anschlag auf dem Territorium eines am Nahost-Konflikt unbeteiligten Landes durchgeführt werden.

Auch für Deutschland gehen also Sicherheitsinteressen und ökonomische Interessen Hand in Hand. Die Förderung der demokratischen Transformation insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens beseitigt einerseits die Ursachen der terroristischen Bedrohung und eröffnet unserer Wirtschaft andererseits stabilere Rohstofflieferanten und Absatzmärkte.

2. Die Kernfrage

Kann Deutschland seine Interessen als autonome Macht verfolgen oder ist es dabei auf Partner angewiesen? Die Kernfrage ist, ob wir uns weiter im atlantischen Bündnis von den USA emanzipieren oder Schritte einleiten sollten, um für ein *Partnership in Leading* attraktiver zu werden.

Deutschland ist eine der größeren Mittelmächte – mit großen politischen und militärischen Defiziten. Geographisch und politisch in einer Lage, in der wir immer am besten operieren konnten, wenn wir zwischen den anderen Mächten die Balance gehalten haben. Das Bündnissystem Bismarcks war solch ein Versuch, der erst unter seinen Nachfolgern scheiterte. Auch der enge Schulterschuß Adenauers mit Frankreich und den USA garantierte uns mehr Bewegungsfreiheit als bei einer Anbindung an eine einzelne Macht. Washington mußte Rücksicht nehmen, um Frankreich von Alleingängen abzuhalten und Paris arbeitete mit Bonn zusammen, um den Einfluß der *Anglo-Saxons* auf dem Kontinent zu blockieren. Gerhard Schröder ist der erste Bundeskanzler, der Deutschland aus diesem Gleichgewicht löste und Frankreich den Versuch ermöglichte, mit Rußland ein Gegengewicht zu den USA bilden. Der

neokonservativen Idee einer *Anglosphere* (Neal Stephenson, 1995) als Nachfolger der „Koalition der Willigen“ und Ergänzung der Vereinten Nationen steht in Frankreich die Utopie gegenüber, mit Hilfe Rußlands und Chinas sowie des französischen Einflusses in der arabischen Welt eine Art Gegenmacht zu bilden, um eine neue Bipolarität herbeizuführen. Das Gegenkonzept zur *Anglosphere* wird mit *Eurasia* oder auch *Eurabia* bezeichnet und geht historisch auf die Idee einer *puissance musulmane* der Administration Napoleons III. zurück. Die demographische Veränderung in Frankreich, insbesondere die schnelle Zunahme des moslemischen Wähleranteils, macht für die politischen Eliten in Paris eine Rücksichtnahme auf arabische Interessen zusätzlich immer wichtiger.

Liegt es eher im deutschen Interesse, sich dem französischen Block anzuschließen und von den USA weiter zu emanzipieren, oder sollte deutsche Außenpolitik zum Ziel haben, zwischen den „Angelsachsen“ und den Franzosen eigene Freiräume auszudehnen? Gehen wir den Kurs Schröders weiter, so können wir uns von der Mittlerposition verabschieden und werden für jegliche künftige republikanische Administration in Washington außenpolitisch schlicht irrelevant. Kanzler Schröder hat Deutschland in eine Lage gebracht, in der jede folgende Regierung große Anstrengungen unternehmen muß, um das Verhältnis zu den atlantischen Mächten zu verbessern. Nicht aus Dankbarkeit oder aus Anhänglichkeit, sondern aus der einfachen Notwendigkeit, sich aus der russisch-französischen Umklammerung befreien zu können. Enge partnerschaftliche Beziehungen zu den USA liegen im nationalen Interesse Deutschlands. Es gibt nicht nur eine temporäre Kompatibilität sondern viel mehr eine strategische Deckung unserer Interessen mit denen der *Anglosphere*. Die Erfahrung mit den Ländern der frankophonen Zone in Afrika zeigt, daß Paris hochgradig protektionistisch vorgeht und nach Möglichkeit keine Konkurrenten in seinen ehemaligen Kolonien duldet. Freier Wettbewerb liegt im Interesse Deutschlands wie auch im Interesse der USA. Frankreichs Interessen lassen sich dagegen dank seiner Sonderbeziehungen zur frankophonen Zone auch ohne Demokratie und Marktwirtschaft realisieren.

Erneut ist es der Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Hans-Peter Schwarz, der sehr eindeutig die Themenkomplexe umreißt, bei denen Deutschland – und Europa – auf die USA angewiesen ist. Zuerst betont er die ökonomische Bedeutung des großen Partners: „Die deutsche Konjunktur kann überhaupt nur dann wieder in Fahrt kommen, wenn die Konjunktur Amerikas auf Hochtouren läuft. [...] Der Handelstaat Deutschland ist auf möglichst spannungsfreie ökonomische Beziehungen zu den USA existentiell angewiesen. Das ist ein überragendes Interesse.“ Aber auch auf dem Feld der Terrorbekämpfung sei „die Zusammenarbeit mit Amerika völlig unentbehrlich, vor allem die der Nachrichtendienste, der Polizei, der Katastrophenschutzorganisationen und der Gesundheitsdienste.“ Ebenso bei der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. „Internationale Regime zur Verhinderung oder wenigstens Verlangsamung der Proliferation von ABC-Waffen und von Raketentechnologie sind auch für Deutschland überlebenswichtig. Bisher verfügt Amerika über die wirksamsten Ressourcen und zugleich über den Willen, die Antiproliferationsregime funktionsfähig zu erhalten und ihnen Respekt zu verschaffen. [...] Den Regierungen der EU erscheint es zwar reizvoll, sich durch stark plakatierte Dialogpolitik gegenüber diesen Kernwaffenaspiranten zu profilieren. Nachhaltige Effekte sind aber bisher ausgeblieben. [...] Auch auf diesem besonders sensitiven Feld der internationalen Politik ist ein konzertiertes Zusammenwirken unter mehr oder weniger eindeutiger amerikanischer Führung alternativlos.“ Anschließend bewertet er die vergangenen humanitären Aktionen der UN: „Die wohlgemeinten, ehrgeizigen, indessen wenig ertragreichen UN-Aktivitäten in den frühen neunziger Jahren, die aus zerfallenden Staaten wieder halbwegs funktionsfähige Gemeinwesen machen sollten, wären ohne amerikanische GIs, ohne US-Transportflugzeuge und ohne die Beobachtungs- und Kommunikationssysteme Amerikas unmöglich gewesen.“ Aber auch das wiederholte Scheitern der gemeinsamen europäischen Außenpolitik ruft Hans-Peter Schwarz ins Gedächtnis: „Als die Republiken des einstigen Jugoslawien in Kriegs- und Bürgerkriegsgreueln versanken, haben die beteiligten Regierungen der EU, die so schön und so vielstimmig das Lied der *soft power* zu singen verstehen, Washington schließlich händeringend um militärisches Eingreifen gebeten oder dieses stillschweigend akzeptieren müssen.“ Ebenso ist Deutschland nach Einschätzung von Schwarz bei der Sicherstellung der Energieversorgung auf die Zusammenarbeit mit den USA angewiesen. „Die gerühmte »Kultur der Zurückhaltung« würde bei schweren Krisen wenig helfen, die in solchen Fällen erfahrungsgemäß recht zerstrittene EU wahrscheinlich genausowenig. [...] Auch im Blick auf die Energiesicherheit ist die Suche nach einer gemeinsamen Strategie der atlantischen Demokratien ein vorrangiges deutsches Interesse.“

Innerhalb der EU dominiert unter den Mitgliedsländern formell die institutionell-liberale Schule, Joachim Krause, Politologe der Universität Kiel, zweifelt jedoch in seinem Beitrag „Multilaterale Ordnung oder Hegemonie?“ (Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/2003) die Ernsthaftigkeit an, mit der liberale Ideen

verfolgt werden. Er sieht in der deutschen Außenpolitik nach wie vor eine klare Präferenz für eine liberale und institutionalistische internationale Ordnung, während bei den politischen Eliten Frankreichs der klassische Realismus dominiert. Ziel aller außenpolitischen Anstrengungen ist die Herstellung der Machtbalance in einer neuen bipolaren Welt. Paris sieht die USA als Gegenspieler und ist zu institutioneller Zusammenarbeit nur bereit, wenn damit ein relativer Gewinn realisiert werden kann. Deshalb geht Frankreich von Fall zu Fall gemeinsam mit der EU, im Rahmen des Weltsicherheitsrates oder im Alleingang vor. Krause wirft Frankreich vor, institutionalistische Rhetorik in der EU und im Sicherheitsrat zu instrumentalisieren, um die Hegemonie der USA zu brechen und eine neue Machtbalance zu etablieren. Als Partner kommen für Frankreich Demokratien wie Diktaturen in Frage, den außenpolitischen Eliten in Paris ist es schlicht egal, ob ihnen chinesische Kommunisten oder deutsche Sozialdemokraten behilflich sind.

Im Unterschied zum pragmatischen Liberalismus der *Neocons* und zum klassischen Realismus der französischen Politik vertreten die deutschen politischen Eliten quer durch alle Parteien die Form eines klassischen universalistischen und institutionellen Liberalismus. Die deutsche Außenpolitik konnte damit einige Erfolge bei der EU-Osterweiterung erringen, bei den wirklichen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Bosnien, Irak, Iran und Nordkorea erwies sich dieser Liberalismus aber als weitgehend wirkungslos.

Für die USA dienen internationale Institutionen wie die UN der Bekämpfung von Friedensstörern und der Wiederherstellung der internationalen Ordnung, weshalb das Vorgehen in der Irak-Frage der Logik US-amerikanischer Außenpolitik entspricht und die Blockade durch Frankreich und Deutschland auf ehrliches Unverständnis traf. In Deutschland herrscht dagegen eine formal-juristische Sichtweise der UN-Charta vor, die der staatlichen Souveränität den Vorrang vor den substantiellen Zielen der Charta zuweist. Deutschland sieht in den Vereinten Nationen bereits das verwirklichte Instrument einer Weltinnenpolitik. Diese europäische Anwendung von Liberalismus und Institutionalismus führt in den Augen der Realisten und *Neocons* zu Realitätsverlust und zum Verlust an moralischer Substanz. Dies äußert sich in der Tatsache, daß auch gegenüber Diktatoren die gleichen untauglichen Mittel der Diplomatie angewendet werden, wie gegenüber demokratischen Staaten. In der Realität folgt daraus ein *Appeasement* wie es bereits in den 30er Jahren gescheitert ist und auch heute immer wieder mit hohen Opferzahlen scheitert. Im Fall Bosniens hat das Ausschöpfen aller diplomatischen Mittel zwischen 1992 und 1995 etwa 250.000 Menschen das Leben gekostet, im Irak kostete das Nicht-Durchsetzen der existierenden Resolutionen zwischen 1991 und 2003 mindestens 200.000 Menschenleben, in Ruanda hat der Verzicht auf eine rechtzeitige militärische Intervention 850.000 Tote zu verantworten (Samatha Power: *A Problem from Hell – America and the Age of Genocide*).

Realisten – insbesondere aber Isolationisten – wenden ein, diese fernen Menschenrechtsverletzungen würden keine unserer vitalen Interessen betreffen und wären auch unter großem Kostenaufwand nicht zu verhindern. Dieser Position stellt Herfried Münkler („Die neuen Kriege“) die Gefahren gegenüber, die von Bürgerkriegsgesellschaften ausgehen und nicht nur die unmittelbaren Nachbarn betreffen können: ein Übergreifen asymmetrischer Konflikte auf benachbarte Staaten, die Verbindung von Bürgerkriegsökonomien mit der internationalen Kriminalität, wachsende Flüchtlingsströme und die Gefahr von negativen Lernprozessen mit Auswirkungen auf andere Konfliktregionen. Die Gefahren für die Nachbarstaaten, die internationale Ordnung, die Weltwirtschaft oder westliche Interessen in benachbarten Regionen wachsen dabei mit der Dauer von Konflikten. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von *weak* oder *failed states* stellt ein vitales politisch-ökonomisches Interesse des Westens dar, menschenrechtliche Argumente mögen ein letzter Auslöser, ein *Trigger* für eine Intervention sein. Münkler stellt dabei klar, daß diese Interventionen keinen neokolonialen oder imperialen Strategien folgen, sondern im Gegenteil defensiven Charakter haben - als präventive Behandlung der Ursachen drohender Gefahren. Ergänzend dazu rechnet der Bonner Konfliktforscher Rafael Biermann in seiner Habilitationsschrift die Kosten verspäteter Interventionen an den Beispielen Ruanda und Bosnien vor. Der Bosnien-Konflikt kostete nicht nur hunderttausenden von Menschen das Leben oder die Gesundheit, er löste zudem einen Strom von 2,5 Mio. Flüchtlingen aus. Hinzu kamen die enormen Kosten der Friedenssicherung: „UNPROFOR kostete etwa eine Milliarde Dollar pro Jahr, IFOR fünf Milliarden allein im ersten Jahr“, die Kosten des Wiederaufbaus beliefen sich in den ersten fünf Jahren auf fünf Milliarden Euro. Hinzu kommen „Verluste im Handel und nicht zuletzt die enormen politischen Kosten“, so Biermann. Auch der Krieg in Ruanda kostete die Weltgemeinschaft wohl ein vielfaches dessen, was eine frühzeitige Prävention abverlangt hätte. „Die Kosten des Nicht-Handelns übersteigen plötzlich die Kosten eines Eingreifens. Das ungeahnte Ausmaß der Flüchtlingskatastrophen im Bosnien- und im Kosovo-Krieg

ist dafür ein Beleg. Gerade bei innerstaatlichen ethnischen Konflikten sehen viele Regierungen zunächst ihre vitalen Interessen nicht betroffen. Wenn sich das Potential an horizontaler und vertikaler Eskalation jedoch entfaltet, wächst die Bereitschaft zum Handeln.“ Biermann stellt klar, daß bei einem Gewaltausbruch das entschiedene militärische Eingreifen von Staaten oder Staatengruppen meist effektiver ist, als die Entsendung ziviler Beobachter oder von Blauhelmen. Insbesondere in Ruanda, Kroatien und Bosnien erwies sich der Einsatz unbewaffneter oder unzureichend mandatierter Kräfte durch EU bzw. UN wiederholt als konfliktverschärfend und verhinderte später lange Zeit entschiedenere Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft. So fanden sich Belgrad in Pale beispielsweise erst zu Verhandlungen bereit, als westliche Waffenlieferungen und NATO-Luftangriffe das Ungleichgewicht auf dem Schlachtfeld verschoben hatten.

3. Für einen interessengeleiteten Atlantizismus

Mit Richard Herzinger, Thomas Speckmann, Arnulf Baring und Ulrich Speck haben in diesem Frühjahr vier deutschsprachige Realisten ihre Plädoyers für eine Wiederbelebung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft vorgelegt. Herzinger, Deutschland-Korrespondent der Schweizer Weltwoche und Autor des Buches „Republik ohne Mitte“, lenkt in seinem Essay „Amerika – eine deutsche Wunde“ (Zeitschrift für Internationale Politik, Mai 2005) unseren Blick auf die Tatsache, daß wir „von der engen Bindung an die USA [...] stets nur profitiert“ haben. Deutschland habe „im Zeichen der amerikanischen Vorherrschaft seit dem totalen Zusammenbruch 1945 einen ständigen Aufstieg erlebt. [...] Wo der amerikanische Einfluß wächst, verbessern sich in aller Regel auch die deutschen Möglichkeiten, sei es in ökonomischer oder politischer Hinsicht.“ Für Herzinger ist nicht nachvollziehbar, warum Deutschland diese Ausrichtung ändern sollte, wenn sich die Außenpolitik weiterhin auf Grundlage rationaler Entscheidungen bewegt. Angesichts der USA als riesigem Absatzmarkt für die deutsche Rüstungsindustrie, wäre „Schröders unilateraler Starrsinn in der Embargofrage [gegen China] sogar eine große Gefahr.“ Es ist eine offensichtlich irrationale Entscheidung, deutsche Geschäfte in den USA durch den noch fraglichen Verkauf einiger weniger Modelle an Peking aufs Spiel zu setzen, zumal China ganz offen darüber Auskunft gibt, nur wenige Waffen zu benötigen, um diese später in Kopie in eigener Produktion herstellen zu können. Die Zustimmung Chinas zu einem ständigen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat springt bei diesem Kurs der Bundesregierung jedenfalls nicht heraus. Äußerungen Pekings im Mai 2005 lassen darauf schließen, daß man dort auch eine Distanzierung Deutschlands von Japan erwartet, welches sich ebenfalls um einen ständigen Sitz bewirbt. Im Juli sprachen sich dann auch die USA und Rußland gegen eine Erweiterung des Weltsicherheitsrates aus.

Der Bonner Politikwissenschaftler Thomas Speckmann rechnet in der Mai-Ausgabe des Merkur („Frieden schaffen nur mit Waffen“) mit dem europäischen Idealismus und globaler Weltinnenpolitik ab. In lupenreiner realistischer Manier bescheinigt er den Vereinten Nationen Inkompetenz und Ineffektivität auf ihrem Hauptpolitikfeld, der Friedenssicherung. In Bosnien sei beispielsweise erst dann ein relativ stabiler Frieden erreicht worden, nachdem Bosnier und Kroaten massiv mit Ausbildern und Waffen aus den USA versorgt wurden. Speckmann spricht sich für eine realistische Vorgehensweise aus, die direkte Interventionen ausschließt und vielmehr auf dem Schlachtfeld eines Krieges oder Bürgerkrieges die Symmetrie zwischen den Gegnern herstellt.

In der Zeitschrift Politische Meinung erinnert Speckmann („Das Reich des Guten“, Mai 2005) daran, daß sich deutsche Verantwortliche im Zuge des Kosovo-Konfliktes zumindest der Übertreibung von Tatsachen schuldig gemacht haben, um einen Feldzug zu legitimieren, der nicht durch die UN mandatiert war. Deutsche Soldaten mißhandelten Häftlinge in kosovarischen Gefängnissen, BND und BKA partizipieren ebenso wie die amerikanischen Dienste von Ermittlungsergebnissen aus arabischen Staaten, die auch vor Folter nicht zurückschrecken und man kooperiert in Berlin mit „wenig demokratischen Regimen wie Tadschikistan und Usbekistan“. Auch in der Vergangenheit war die Bundesrepublik nicht gerade ein Musterbeispiel für einen moralisch überlegenen und nur diplomatisch handelnden Staat: „Zwischen 1979 und 1989 lieferte nicht allein die CIA für drei Milliarden Dollar Waffen an die Mudschaheddin. Auch der BND unterstützte den Kampf gegen die sowjetischen Invasoren. Bundesgrenzschützer der Anti-Terror-Einheit GSG 9 bildeten muslimische Glaubenskrieger aus. Flugzeuge der Bundeswehr brachten Gasmasken, Nachtsichtgeräte, Decken und Zelte in die pakistanische Grenzstadt Peschawar. Islamabads Geheimdienst ISI reichte die »Hilfsgüter« bereitwillig weiter. War dies eine »nachhaltige« Friedenspolitik, von der in Deutschland seit 1945 so viel die Rede ist? War dies weitsichtiger als die Talibanisierung Afghanistans durch die Vereinigten Staaten?“ und auch die Toleranz

Schröders gegenüber dem russischen Völkermord in Tschetschenien scheint nicht so recht in das Bild der „Friedensmacht Deutschland“ zu passen: „Von Georgien aus operieren Pullachs Agenten, um den tschetschenischen Kämpfern ihre Rückzugsräume abzuschneiden. Äußerungen aus Berlin, bei den deutsch-russischen Regierungskonsultationen gehe es auch immer um die Situation in Grosny, erscheinen da in völlig neuem Licht.“

Im gleichen Beitrag beendet Speckmann den Mythos, Deutschland würde den Irak-Krieg als völkerrechtswidrig ansehen. „Im Gegenteil: Joschka Fischer verkündete im Dezember 2002, ein Angriff auf Bagdad sei auf Grundlage der UN-Resolution 1441 zulässig.“ In einem Interview mit dem SPIEGEL antwortete der Bundesaußenminister damals auf die Frage, ob eine weitere Resolution notwendig sei, „mit Resolution 1441 haben wir keinen mandatsfreien Zustand mehr“. Als Beweggrund für die Ablehnung des Krieges unterstellt der Bonner Politologe der Bundesregierung ökonomische Interessen und Enttäuschung über die von den USA angedachte Statistenrolle für die Bundeswehr. „Kein anderer Staat hat Bagdad bei seinem Waffenprogramm mehr geholfen als die Bundesrepublik. Ob Raketen, Giftgas oder Atombombe, deutsche Firmen lieferten unbefangen.“ Thomas Speckmanns Fazit: „Die deutsche Außenpolitik sonnt sich im Glanz ihrer Friedfertigkeit. Doch hinter der Fassade verfolgt sie eine robuste Interessenspolitik – und verschleiert ihre Beteiligung an Kriegen.“ („Für Erdgas darf’s auch Blut sein“, DIE ZEIT 48/2003). Das *Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)* untersuchte 2002/03, wer in welchem Umfang davon profitierte, daß Saddam Hussein weiterhin den Irak führte. Eine Untersuchung des Instituts widerlegt die verbreitete Ansicht, die USA hätten den Irak maßgeblich aufgerüstet: in den Jahren 1981 bis 2001 kamen 50% aller irakischen Waffenimporte aus der UdSSR und Rußland, 18% aus der Volksrepublik China und 13% aus Frankreich, die USA waren neben Deutschland, Weißrußland, Jugoslawien und Nordkorea nur einer der kleineren Lieferanten mit jeweils unter 5% Anteil. Geht man noch weiter in die Vergangenheit zurück und untersucht den Zeitraum 1973 bis 2002, so sinkt der Anteil der USA an allen Waffeneinfuhren des Irak auf 1%, während der Anteil der UdSSR/Rußlands, Frankreichs und Chinas in der Summe etwa gleich - bei über 80% - bleibt. In diesem Zeitraum liegen die Tschechoslowakei, Polen und Rumänien vor den USA, Jugoslawien, Ungarn und die DDR knapp dahinter. Allein die CSSR lieferte etwa sieben Mal so viele Waffen wie Amerikaner und Briten zusammen. In einem Beitrag für Die Welt vom 29.01.05 („Die neuen Stellvertreterkriege“) holt Speckmann schließlich die europäische Diffamierung des globalen Kampfes für die Demokratie auf den Boden der realpolitischen Tatsachen zurück: „Hat Washington mit der Verfolgung Bin Ladens ein Symptom zu kurieren versucht, so soll der Krieg gegen Saddam Hussein dessen vermeintliche Ursache beseitigen: Mit dem Sturz des irakischen Diktators [...] wollen die USA zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen geht es darum, zwischen Euphrat und Tigris ein demokratisches Regime amerikanischer Prägung zu installieren, das den Zivilgesellschaften der arabischen Nachbarn als Vorbild dienen, die politischen Frustrationen als Ursache des Terrorismus beseitigen und Israel in die Sphäre eines befriedeten »Great Middle East« miteinbeziehen soll. Andererseits soll das Öl aus dem Irak [...] wieder in vollem Umfang verfügbar gemacht und mit ihm die marktbeherrschende Stellung Saudi-Arabiens geschwächt werden. Dies soll den Wandel von Riads Gesellschaft beschleunigen, aus deren erzkonservativen Anschauungen der Dschihad-Terrorismus entstanden ist. Doch eine Destabilisierung des Landes hätte für den globalen Energiemarkt katastrophale Folgen, solange vorübergehende Ausfälle bei den saudischen Öllieferungen nicht durch die volle Versorgungskapazität des Irak ausgeglichen werden können.“

Arnulf Baring sieht in seinem Aufsatz „Unser Fundament bleiben die USA“ (Merkur, März 2005) als größte Gefahr für die deutschen Interessen die Irrationalität in der außenpolitischen Aktion. Er stellt klar, daß auch die Handlungen des Deutschen Kaiserreichs nach Bismarck nicht mehr vom Realismus bestimmt wurden, weshalb im Fall der Umklammerung durch den russisch-französischen Bund seit 1894 nicht das Bündnis mit England als der „einzig richtige Ausweg“ gewählt wurde. Statt dessen forderte Wilhelm II. London durch koloniale Ambitionen und seine Flottenbaupläne heraus und trieb England damit in die Arme der *Entente Cordiale*. Baring sieht die USA heute in der Rolle Großbritanniens vor dem 1. Weltkrieg und damit als natürlichen Verbündeten deutscher Interessen- und Sicherheitspolitik. Baring: „Wer statt der Vereinigten Staaten, ja gegen die USA seine Hoffnungen auf die Uno setzt, die Weltorganisation zum Gegengewicht der Amerikaner machen möchte, verkennt völlig die heutigen internationalen Machtrealitäten. [...] Wie hat nur Berlin je glauben können, es werde ohne, ja gegen die USA einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat ergattern? Die deutsche Hoffnung auf eine multipolare, stabile Weltordnung ohne eine maßgebliche Rolle der Vereinigten Staaten ist weltfremd, ist träumerisch. Ähnlich trügerisch bleibt in den aktuellen deutsch-amerikanischen Verständigungsschwierigkeiten unser Hinweis auf ein angeblich verbindliches Völkerrecht. Denn seit dem 11. September 2001 fehlt überall eine

verlässliche Vorstellung, wie denn dieser ganz neuartigen, schwer faßbaren Bedrohung durch unsichtbare Gegner rechtlich und tatsächlich beizukommen sein könnte. Das herkömmliche Völkerrecht sagt dazu natürlich nichts. Auch die europäischen Kritiker des einseitigen Vorgehens der USA haben bisher nur ratlose Redensarten zu bieten. Wer die Vereinigten Staaten wegen ihrer Neigung zu eigenmächtigem Vorgehen kritisiert, sollte aber imstande sein, klar und deutlich zu sagen, wie denn anders wirksam der höchst realen terroristischen Herausforderung begegnet werden kann. Bisher sind solche praktikablen Gegenvorstellungen der Europäer jedoch nicht bekannt geworden.“

Selbst bei den konventionellen Regionalkonflikten der 90er Jahre standen die Europäer ohne die USA ziemlich ratlos da, wie Baring ausführte: „Für die Deutschen war die Entwicklung dort [in Jugoslawien] frühzeitig eine große, ärgerliche Überraschung. Sie glaubten einerseits, sie sähen die krisenhafte Zuspitzung in Jugoslawien deutlicher als ihre Verbündeten (womit sie recht hatten). Andererseits wunderten sie sich. Offensichtlich wirkten in Paris und London, in Moskau sowieso, die Erinnerungen an die gemeinsamen Kriegsbündnisse mit den Serben weitaus stärker als die aktuellen Beobachtungen und Argumente der Deutschen. Die alte Verbindung der beiden Westmächte mit diesem Teil des Balkans wog deutlich stärker als die Bundesgenossenschaft mit den Deutschen, obwohl die beiden Westmächte doch mit ihnen inzwischen fast ein halbes Jahrhundert lang in gemeinsamen Bündnissen zusammenarbeiteten, also ihnen hätten glauben sollen, ihrem Urteil hätten vertrauen können. Die Deutschen erschrakten. Sie erlebten die Rückkehr der Situation von 1914, von der sie fest geglaubt hatten, sie gehöre inzwischen längst ein für allemal der Vergangenheit an. Deutschland stand wieder innerhalb Europas allein. Der Bann löste sich erst, als die USA ihre zunächst lange abwiegelnde Position veränderten.“

Das enge Bündnis mit Frankreich oder Rußland ist für Baring keine Alternative zum Partner USA. Paris bietet weniger Sicherheit und mehr Gefahren durch unilaterale militärische Interventionen im frankophonen Afrika, der Bund mit Moskau nur einen Verlust von Handlungsspielräumen und Ansehen: „Schröders und Fischers Worte gelten in den meisten fremden Hauptstädten nur noch wenig. Wer in den letzten beiden Jahren durch Ostmitteleuropa reiste, konnte den enormen Einflußverlust Deutschlands, ja das neue Mißtrauen wegen der wiedererwachten deutsch-russischen Herzlichkeit geradezu körperlich spüren. Hat man in Berlin wirklich vergessen, was deutsch-russisches Zusammenwirken in vergangenen Jahrhunderten bis hin zum Hitler-Stalin-Pakt für die Völker Ostmitteleuropas bedeutete?“

Der vierte im Bunde, der Historiker Ulrich Speck, Mitherausgeber der Bücher „Ein neuer Antisemitismus?“ und „Empire Amerika“ sowie Redakteur der Frankfurter Rundschau, greift im Essay „Der Irak-Krieg und die rot-grüne Außenpolitik. Ein Abgesang“ in seinem Weblog *kosmoblog* (<http://kosmoblog.blogspot.com>) den Moralismus und die Ökonomisierung der deutschen Außenpolitik auf. Die alteuropäischen Mächte Frankreich und Deutschland sind nach Ansicht Specks auf dem falschen Weg und haben weder innen- noch außenpolitische Erfolge vorzuweisen. „Der Versuch, Europa auf ein anti-amerikanisches Gleis zu setzen, ist gnadenlos gescheitert. Die erweiterte EU läßt sich nicht vom Duo Berlin-Paris beherrschen. Auch der Versuch, Putin hinzuzunehmen, um so eine Art Achse der Mittelmächte zu schmieden, hat nichts gebracht. Die Mischung aus handwerklichem Dilettantismus, Hochmut, Selbstgerechtigkeit und Planlosigkeit, die die Außenpolitik des Kanzleramts kennzeichnen, haben Deutschland längst ins weltpolitische Abseits gebracht.“ Moralismus und ökonomische Interessen Deutschlands hätten sich unter der rot-grünen Bundesregierung „aufs Schönste miteinander verbunden. Der Moralismus hat sich im Wüten gegen Amerika austoben dürfen und darauf verzichtet, Außenpolitik auch nach moralischen Gesichtspunkten zu gestalten. [...] Schröder wiederum durfte wirtschaftliche Interessen verfolgen, ungehindert von sachfremden Erwägungen (Menschenrechte, demokratische Transformation etc.)“ Ulrich Speck bezeichnet den radikalen Moralismus und „Außenpolitik als Außenwirtschaftspolitik“ als „Erbstücke der Alten Bundesrepublik“ und erinnert daran, daß dies nur ungestört möglich war, „solange man komplett unter dem Schutz und Schirm von Amerika stand, als Amerika die politische Absicherung bot.“ Seit 1989/90 ist Deutschland jedoch ein Akteur im internationalen System, der zwischen Alternativen wählen kann und „dessen Handeln - oder Nicht-Handeln - für die Objekte des Handelns - oder Nicht-Handelns - Folgen hat, mitunter existentielle. Siehe Balkan-Krieg (Handeln), siehe Irak (Handeln und Nicht-Handeln), siehe Darfur (Nicht-Handeln).“ Deutsche Außenpolitik hat Konsequenzen. Wir können nicht ein Waffenembargo gegen China aufheben, ohne die Existenz Taiwans zu gefährden oder dem Iran die nukleare Aufrüstung durchgehen lassen, ohne unsere Beziehungen zu Israel und Saudi-Arabien zu beschädigen.

Man könnte die Ausführungen um die zahlreichen Nachweise ergänzen, die zeigen, daß die Achse Paris-Berlin im Ernstfall kaum tragfähig ist, angefangen bei dem französischen Versuch, die Deutsche Einheit

zu verhindern. Aus Angst vor unserem traditionell und historisch großen Einfluß in Mittel- und Osteuropa unternahm Paris alle möglichen Anstrengungen, Moskau von der „deutschen Gefahr“ zu überzeugen. Nur Bush sen. und Gorbatschow ist es zu verdanken, daß sich Frankreich nicht durchsetzen konnte. In der Folgezeit unternahmen verschiedene französische Regierungen alles, um Deutschland enger an sich zu binden und gleichzeitig von den USA zu entfremden. Ganz entgegen der eigenen Interessen wurde unser Einfluß im Osten zu Gunsten einer gemeinsamen europäischen Haltung neutralisiert. Im Balkankonflikt beschränkte sich die Rolle Frankreichs nicht nur auf den von Baring beschriebenen Argwohn gegenüber Deutschland, ganz aktiv traten einzelne französische Politiker und Offiziere an die Seite Serbiens. Dies führte zur Verhaftung von französischen NATO-Soldaten, selbst im Hauptquartier in Brüssel. Auch heute noch können sich gesuchte Kriegsverbrecher aus Ruanda und Serbien in Frankreich oder innerhalb der frankophonen Zone in Afrika verstecken, da Paris internationale Kriegsverbrechertribunale fallweise ablehnt – insbesondere dann, wenn Freunde Frankreichs angeklagt werden sollen.

Die Konflikte im Kongo, an der Elfenbeinküste und in Togo zeigen zudem, daß unsere Nachbarn gerne unsere Hilfe in Anspruch nehmen, wenn französische Interessen gefährdet sind, wogegen die Gefährdung deutscher Bürger und Institutionen keine europäischen oder gar französischen Aktivitäten auslöst.

4. Für eine vernunftgeleitete Außenpolitik

Wir können nur Außenpolitik nach moralischen Gesichtspunkten einfordern, wenn wir selbst unsere Politik nicht nur der Ökonomie unterwerfen. Wir können nur Unilateralismus kritisieren, wenn wir auch einen substantiellen Beitrag zum Multilateralismus leisten. Wir können auch nur dann nichtmilitärische Lösungen anmahnen, wenn wir selbst die Effektivität gewaltfreier Diplomatie unter Beweis stellen. Und wir können nur dann die Unantastbarkeit des Völkerrechts verteidigen, wenn dieses auch wirklich die Völker – und nicht nur die Herrscher – schützt.

Realpolitische deutsche Interessen sind durchaus kompatibel mit dem Ziel der globalen Demokratisierung, Immanuel Kant bietet uns dafür den philosophischen Unterbau.

In der „Kritik der praktischen Vernunft“ von 1787 fällt der Satz „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Nimmt man diesen Kategorischen Imperativ auch als Handlungsanleitung für die Politik, so ist Tyrannei nicht legitimierbar, gleich unter welchen regionalen, religiösen oder kulturellen Voraussetzungen. Der Tyrann müßte sein eigenes Handeln als allgemeingültiges Gesetz akzeptieren und somit sein Verhalten auch allen anderen zugestehen.

In seiner „Metaphysik der Sitten“ von 1797 konkretisiert Kant den Kern des republikanischen Staatswesens: „Ein Staat ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen.“ Er suchte nach dem Legitimationsgrund einer Herrschaftsordnung und fand diese nicht in Religion oder Tradition, da diese Erfahrungen auch innerhalb eines Staates unterschiedlich sind. Im gleichen Werk erkennt er das Recht als „Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.“ Es ist die Suche nach der Herrschaftsordnung, die es wert ist, ihr Gehorsam zu leisten und dies kann nach Kant nur eine republikanische Ordnung als Herrschaft des Rechts unter den Bedingungen der Vernunft sein.

In „Zum ewigen Frieden“ von 1795 erscheint der Satz, der von der Idealistischen Schule in der Außenpolitik als Handlungsmaxime verstanden wird: „Nun hat aber die republikanische Verfassung, außer der Lauterkeit ihres Ursprungs, aus dem reinen Quell des Rechtsbegriffs entsprungen zu sein, noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den ewigen Frieden; wovon der Grund dieser ist. - Wenn die Zustimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle, oder nicht, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten [...] welches der allgemeine Volkswille in einem ursprünglichen Vertrage (der doch das Prinzip aller Rechte ist) nie beschließen wird.“

Die Liberale Theorie der außenpolitischen Beziehungen machte daraus die Theorie des demokratischen Friedens: Demokratien führen gegeneinander keinen Krieg, da das Volk als Souverän diesen Krieg beschließen müßte. Nur die revolutionäre und evolutionäre globale Ausbreitung des demokratischen Prinzips und der Menschenrechte führt zu einer friedlicheren Welt und damit zu mehr Sicherheit auch für die Industrienationen.

Ist Kant für die deutsche Theorie der Internationalen Beziehungen noch relevant? Oder erschöpft sich deutscher Realismus nur in Resignation und abgesehen von ökonomischen Interessen in einem Neo-

Isolationismus? Wie verhindern Realisten die Bedrohung unserer Sicherheit und der Sicherheit unserer Handelswege, wenn sie auf *Regime Change* verzichten wollen? Wollen sie nur Symptome bekämpfen, indem Migrantenströme an der Grenze abgewiesen werden, statt an die Wurzeln zu gehen? Wer garantiert uns, daß wir für eine restriktive Handhabung des Moscheebaus und der Kopftuchfrage nicht in das Fadenkreuz der Terroristen geraten? Wer garantiert, daß nuklear bewaffnete Regionalmächte ihre Massenvernichtungswaffen nicht als Erpressungspotential gegen unsere ökonomischen Interessen nutzen?

Für Deutschland besteht heute kein Widerspruch mehr zwischen einer rationalen, vernunftgeleiteten Realpolitik und einem mit den Maximen Immanuel Kants begründeten Idealismus als Legitimation unserer Interessenpolitik. Ob man dies dann „Deutschen Neokonservatismus“, neuen Realismus oder pragmatischen Liberalismus nennt, ist nur eine Nebensache, solange es den bürgerlichen Parteien gelingt, die Notwendigkeit ihrer außenpolitischen Neupositionierung zu kommunizieren.

D. Fazit

1. Die durch die Vereinten Nationen repräsentierte Form der internationalen Ordnung steht vor dem Scheitern. Die UN können ihre Hauptaufgaben nicht erfüllen. Sie können weder effektiv einen Völkermord, noch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern. Ihre Regeln sind den neuen Herausforderungen durch den transnationalen Terrorismus nicht mehr gewachsen, sowohl ihre Definitionen eines militärischen Angriffs, als auch des Verteidigungsfalls sind längst überholt. Im Fall notwendiger militärischer Interventionen können die UN die „Schere zwischen Legitimität und Effektivität“ (Habermas) genauso wenig überwinden, wie den Kontrast zwischen Form und Substanz des noch gültigen Völkerrechts (Herdegen). Die Normen des heutigen Völkerrechts sind immer noch auf die Staaten als alleinige Adressaten ausgerichtet, obwohl der zwischenstaatliche Krieg „heute ein historisches Auslaufmodell“ ist (Münkler). Der UN droht die Alternative zwischen tiefgreifender Reform oder Irrelevanz.

2. Der „Atlantische Graben“ lähmt die GASP. Wer Europa gegen die USA in Stellung bringen will, wird die EU spalten, da die Mehrheit der Europäer lieber unter dem verlässlichen Schild der Amerikaner bleibt, als sich unter einen ungewissen Schutz Frankreichs und Deutschlands zu begeben. Gerade die Eingliederung Rußlands in die Achse Paris-Berlin-Moskau gefährdet den Zusammenhalt und das gegenseitige Vertrauen in Europa. Solange Berlin noch eine Äquidistanz zu Paris und Washington hielt, konnte Deutschland Europa als Zentralmacht in Balance halten. Eine „gemeinsame Telefonnummer“, wie Kissinger sie forderte, wird die EU auf diese Weise sicher nicht erreichen – eine handlungsfähige GASP läßt sich nur in arbeitsteiliger Kooperation mit den USA verwirklichen.

3. Die deutsche Sonderrolle bewegt sich zwischen einer historischen Mission, Völkermord und Totalitarismus einzudämmen und realpolitischen, vitalen Interessen unseres Landes. Diese Faktoren in Übereinstimmung zu bringen, ist die große Aufgabe deutscher Außenpolitik. Daraus ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, was Deutschland eigentlich mit einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat anfangen will: den in der UN-Charta und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehaltenen Rechten und Freiheiten Geltung zu verschaffen und autokratisch geführten Ländern bei der Transformation zur Demokratie zu helfen. Unsere historische Verantwortung macht uns zum Anwalt der Menschen, nicht der Herrscher. Deutschland muß Verantwortung für seine eigenen Handlungen übernehmen und kann nicht weiterhin agieren, als ob uns der US-Nuklearschirm immer noch vor den Konsequenzen unseres Handelns bewahrt.